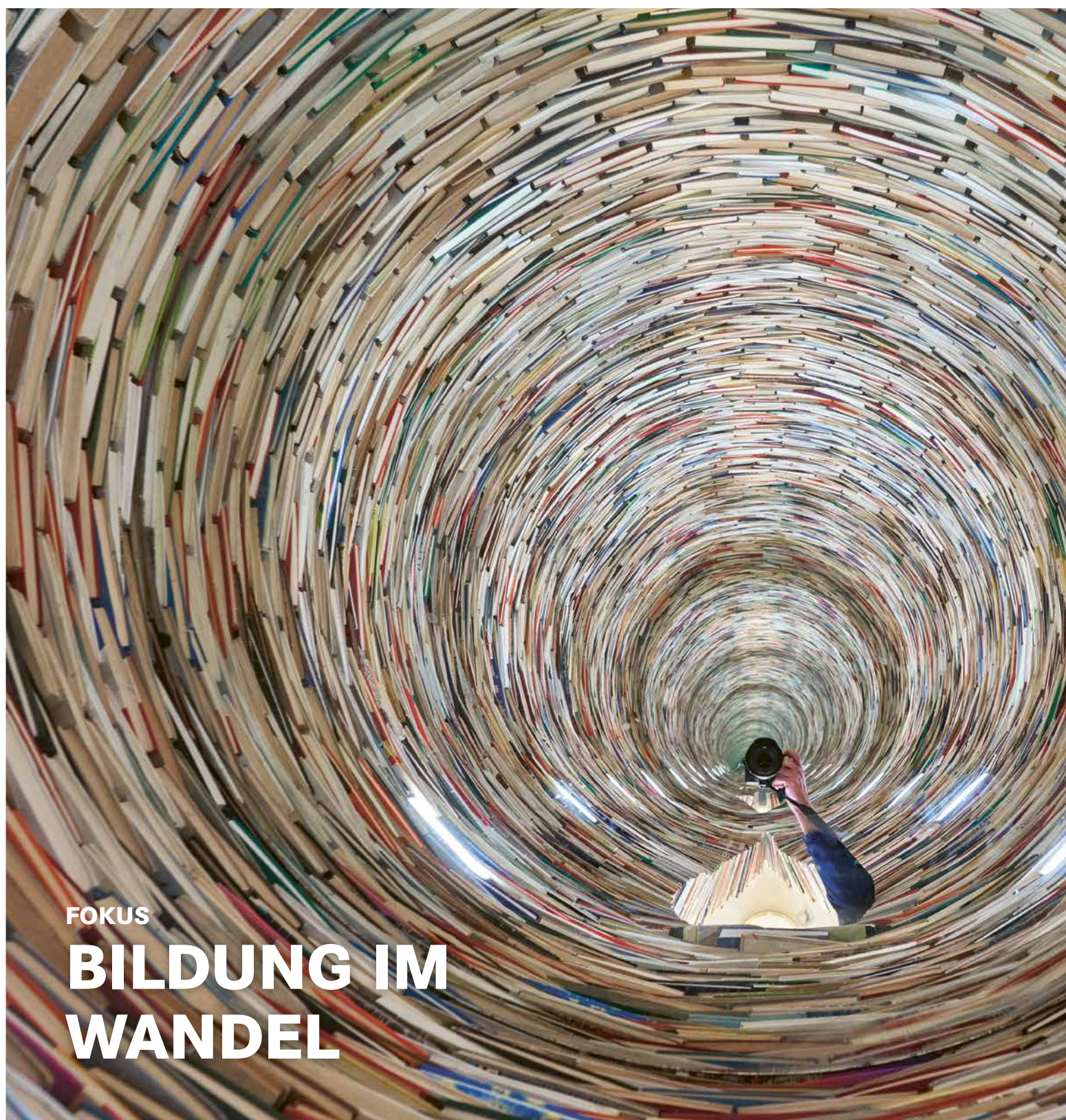


twice

11. Ausgabe
Herbst 2019



FOKUS

BILDUNG IM WANDEL

STANDORT

be-digital - neue Plattform
für digitale Kompetenz Basel

STANDORT

Alliance GloBâle - Commitment
für den EuroAirport

IN DIESER AUSGABE

FOKUS

4 Was ist Bildung wert?



- 8 «Wir müssen die Berufsmaturität besser bekannt machen.»
- 10 Checks – Vergleichbarkeit zählt
- 11 Universität Basel – regional verankert, international vernetzt
- 12 FHNW Campus Muttenz – fünf Hochschulen unter einem Dach
- 13 Bildung im Umbruch

STANDORT

- 14 ICT-Branche im Wandel unterstützen
- 16 SV17 – «Für ä starks Baselbiet»
- 18 Fokus Aussenwirtschaft
- 19 Alliance GloBâle – ein Commitment für den Euro-Airport
- 20 Wo Licht ist, ist die Zukunft
- 22 Legislaturplan der Wirtschaft 2020–2023
- 24 **Region Basel im Visier**
Interview mit Jürg Röthlisberger, Direktor ASTRA



AUS DER 'KAMMER

- 27 Swiss Chambers' Arbitration Institution
- 28 **Abstimmungen**



- 29 Agenda
- 30 Impressionen

IMPRESSUM

twice erscheint zweimal im Jahr (Frühjahr und Herbst) **HERAUSGEBER** Handelskammer beider Basel, St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4010 Basel, T +41 61 270 60 60, F +41 61 270 60 05, E-Mail: info@hkbb.ch **REDAKTION** Jasmin Fürstenberger, j.fuerstenberger@hkbb.ch, Lucia Uebersax, luebersax@hkbb.ch **MITAUTORIN** Anne Theiss, Brenneisen Theiss Communications **ART DIRECTION** Brenneisen Theiss Communications **FOTOS** Pino Covino (S. 18, S. 30), Fachhochschule Nordwestschweiz/Gataric Fotografie (S. 12), Panthermedia: BrianAJackson (S. 24), Martin Schulze-Schilddorf (S. 20), Shutterstock: Jacob Lund (S. 7), justone (S. 27), Alina_chipmunk (S. 15), QtraxDzn (S. 14), sirtravelalot (S. 4), Universität Basel/Christian Flierl (S. 11), Unsplash: Timo Volz (Titelbild) **DRUCK** Grempel AG, Pratteln



BILDUNG ZÄHLT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Was ist Bildung wert? Was ist sie uns – der Wirtschaft – wert? Und wo müssen wir investieren und im Bildungswesen Akzente setzen? Bildung lediglich als Mittel zu betrachten, das ökonomische Werte erzeugt, würde der Bedeutung von Bildung in keiner Weise gerecht werden, so Stefan C. Wolter, Professor für Bildungsökonomie an der Universität Bern und Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung in Aarau. Dennoch muss man die Frage nach dem ökonomischen Wert von Bildung von Zeit zu Zeit stellen.

Was die beiden Basel unternehmen, damit die Wirtschaft in unserer Region auch in Zukunft genügend gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung hat, darüber stehen uns die Bildungsdirektoren Monica Gschwind und Conradin Cramer Rede und Antwort. Und auch die Universität Basel als starke Leistungs- und Forschungsinstitution und die innovative Fachhochschule Nordwestschweiz blicken für twice in die Zukunft.

Beim Blick in die Zukunft ist eines klar – die Digitalisierung wird unsere Welt verändern: im Privaten wie bei der Arbeit. Deshalb setzen wir uns bei der Handelskammer seit über zwei Jahren mit konkreten Unterstützungsleistungen dafür ein, dass die Unternehmen in unserer Region die Chancen des digitalen Wandels nutzen. Nun gehen wir noch einen Schritt weiter: Mit «be-digital» bauen wir eine Plattform für die digitale Kompetenz Basel auf. Mit der neuen Initiative wollen wir die ICT-Branche der Region stärken, den Austausch zwischen der ICT und anderen Branchen fördern und die regionalen Unternehmen weiterhin bei ihrer digitalen Transformation individuell unterstützen.

Unterstützen wollen wir auch den EuroAirport als zentrale Verkehrsinfrastruktur und wichtige Drehscheibe für unsere exportorientierte Region. In der «Alliance GloBâle», die auf Initiative der Handelskammer beider Basel entstand, legen zahlreiche Organisationen ein Commitment für unseren Flughafen ab. Ein starkes Zeichen!

Nun wünsche ich Ihnen viel Spass beim Lesen und freue mich auf den Austausch mit Ihnen bei der einen oder anderen Gelegenheit.

Martin Dätwyler, Direktor

WAS IST BILDUNG WERT?

Bildung lediglich als Mittel, ökonomischen Wert zu erzeugen, zu betrachten, würde der Bedeutung von Bildung in keiner Art und Weise gerecht werden. Bildung hat viele Facetten des Nutzens, sowohl für jene, die sich bilden, als auch für die Gesellschaft als Ganzes. Dennoch muss man die Frage nach dem ökonomischen Wert von Bildung von Zeit zu Zeit stellen.

Von Stefan C. Wolter

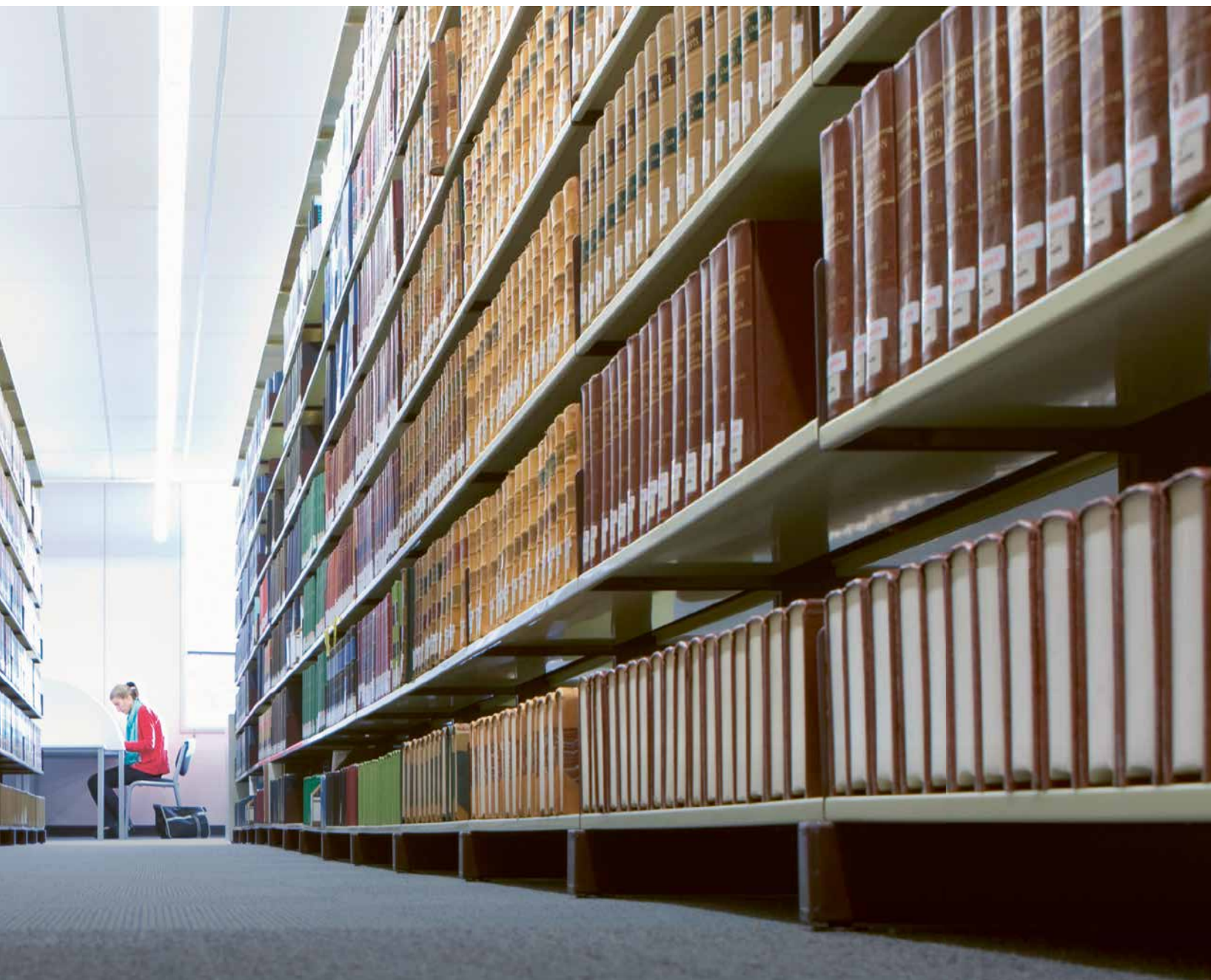
Wenngleich eine Reduktion von Bildung auf ihren ökonomischen Wert verfehlt ist, kommt man nicht umhin, sich die Frage nach dem ökonomischen Wert von Bildung immer wieder zu stellen. Aus zwei Gründen: Erstens kostet Bildung viel Geld und dieses Geld, sei es privat oder öffentlich, könnte für andere Zwecke eingesetzt werden. Mit anderen Worten, knappe Mittel sollte man möglichst

nicht für Dinge einsetzen, die keinen großen Wert haben – sonst fehlt es an den Orten, die den Menschen wichtig(er) sind. Zweitens kostet Bildung jene Leute, die sich bilden sollen, viel Zeit, und auch diese liesse sich für andere Zwecke einsetzen. Will die Gesellschaft vermeiden, dass sich Menschen nach der obligatorischen Schulpflicht aus dem Bildungswesen ausklinken, muss das Bildungswesen glaubhaft

machen können, Werte zu vermitteln und zu schaffen, die es lohnend erscheinen lassen, seine zeitlichen und monetären Ressourcen dafür einzusetzen.

BILDEN SICH LEUTE DES GELDES WEGEN?

Als Bildungsökonom ist man ständig mit der Aussage konfrontiert, dass es doch sehr weltfremd sei, Bildung lediglich un-



ter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten zu wollen. Sowohl aus Befragungen als auch anekdotisch erhalte man doch immer wieder Zeugnisse darüber, dass die Menschen sich gar nicht des Geldes wegen bilden. Es stimmt tatsächlich, dass monetäre Argumente, wenn Menschen nach Motiven für ihre Bildungsentscheidungen gefragt werden, entweder gar nicht genannt werden oder eher am Schluss der Prioritätenliste stehen. Etwas anders sieht es aus, wenn man Leute nach den Gründen fragt, die sie davon abgehalten haben, sich zu bilden. Dann ist nämlich die fehlende Zeit oder das fehlende Geld ganz oben auf den Argumentationslisten zu finden. Interessanterweise bilden sich also jene Leute, die sich bilden, nicht des Geldes wegen, jene aber, die sich nicht bilden, des fehlenden Geldes wegen. Eine analoge Argumentationsschiene findet sich übrigens im In- und Ausland bei der Wirtschaft. Während

Firmen, die in die Lehrlingsausbildung oder die betriebliche Weiterbildung investieren, selten an- oder zugeben, einem betriebswirtschaftlichen Kalkül zu folgen, fordern jene, die nicht ausbilden, Subventionen oder andere geldmässige Zuwendungen und Erleichterungen, um in der Bildung aktiv zu werden.

NICHT ALLE GLEICH

Wie wichtig ist der ökonomische Wert der Bildung nun schlussendlich für die Bildungsentscheidungen der Individuen? Um hier eine Antwort geben zu können, lohnt es sich, statt sich auf Meinungsäusserungen der Betroffenen zu verlassen, ihr Verhalten anzuschauen. Die neuere bildungsökonomische Forschung zeigt deutlich, dass Veränderungen in den ökonomischen Anreizen, das heisst dem tatsächlichen oder wahrgenommenen monetären Nutzen von Bildung, das Bildungsverhalten

der Menschen beeinflusst. Wenngleich fast alle darauf reagieren, reagieren je nach Herkunft nicht alle Menschen gleich stark auf monetäre Anreize. Personen aus einem bildungsnahen Milieu reagieren weniger stark bis gar nicht, während Personen aus eher bildungsfernen Schichten sehr stark darauf reagieren. Wer also den monetären Nutzen von Bildung senkt oder ihn klein redet, muss sich bewusst sein, dass sie oder er damit auch gleich der Bildungsungleichheit in der Gesellschaft weiteren Vorschub leistet.

RUN AUF BILDUNG

Wenn also Menschen auf monetäre Anreize reagieren und sich bei solchen länger bilden, dann kann dies eine der Erklärungen sein, weshalb sich in der Schweiz im letzten Vierteljahrhundert die Zahl der Personen mit einem Hochschulabschluss verdoppelt hat. Kam

Anfang der neunziger Jahre auf drei Erwerbstätige mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II eine Person mit einem Hochschulabschluss, lag das Verhältnis fünfundzwanzig Jahre später schon bei drei zu zwei. Diese Bildungsexpansion wäre schwer vorstellbar gewesen, wenn die betroffenen Jahrgänge nicht davon überzeugt gewesen wären, dass sich die in die Bildung investierte Zeit und das entsprechende Geld nicht eines Tages auch auszahlen würden beziehungsweise quasi eine Notwendigkeit für die Erfüllung der ökonomischen Erwartungen darstelle.

WIRTSCHAFT SETZT SIGNALE

Menschen reagieren auf Signale aus der Wirtschaft, und deshalb müssen diese auch stimmen. Bei fehlenden oder falschen Signalen kann es geschehen, dass das Gegenteil von dem eintritt, was beabsichtigt wird. Wäre beispielsweise das Bedürfnis nach mehr Bildung in der Wirtschaft gar nicht so ausgeprägt und würden sich die Menschen trotzdem bilden, zerstörten diese Bildungsinvestitionen die Rentabilität von Bildung selbst: Über- und Fehlqualifizierungen wären die Folgen. Man kann solche in vielen Ländern beobachten, in denen Bildungsentscheidungen mehrheitlich von staatlichen Stellen – losgelöst von den Bedürfnissen der Wirtschaft – getroffen werden.

ENG MIT WIRTSCHAFT VERKNÜPFT

In der Schweiz haben wir ein System, in dem ein grosser Teil des nachobligatorischen Bildungswesens eng mit der Wirtschaft und deren Bedürfnissen verknüpft und somit sehr empfänglich für ökonomische Signale ist. Dies ist einer der Gründe, weshalb sich in der Zeitperiode, in der sich die relative Zahl der Hochschulabschlüsse verdoppelte – bei schweizweit praktisch stabiler gymnasialer Maturitätsquote –, auch die relativen Lohnvorteile konstant entwickelt haben (siehe Abbildung). Diese wären gestiegen, wenn die Bevölkerung nicht auf die gestiegene Nachfrage nach höherer Bildung aus der Wirtschaft reagiert hätte, und sie wären gesunken, wenn sich die Bevölkerung losgelöst von den Bedürfnissen der Wirtschaft immer länger gebildet hätte. Beide Fälle für ein Ungleichgewicht sind nicht nur theoretisch möglich, sondern lassen sich in vielen Ländern empirisch beobachten.

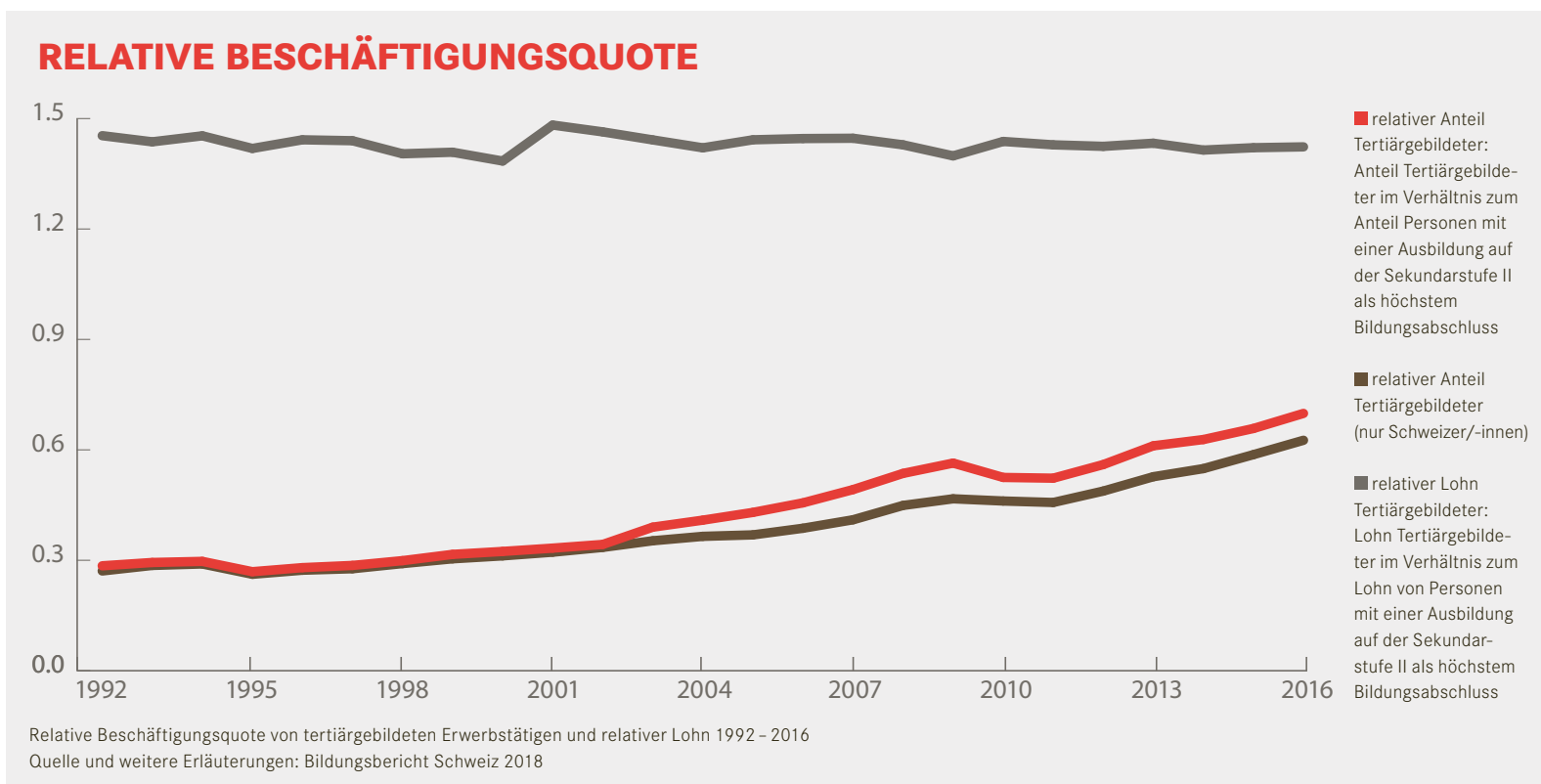
WAS KOMMT ZURÜCK?

Der ökonomische Wert von Bildung hat auch Konsequenzen für die Finanzierungsart der Bildung. In angelsächsischen Ländern mit tiefen Steuersätzen und einer nicht gerade ausgeprägten Solidarität zwischen Bevölkerungsgruppen und Generationen ist Bildung vornehmlich eine private

Angelegenheit. Dies drückt sich nicht nur in einem grossen privaten Bildungssektor aus, sondern auch darin, dass, wer (vor allem nachobligatorische) Bildung bezieht, diese zum grossen Teil selbst zu bezahlen hat. Danach muss sich niemand mehr daran stören, ob man mit dieser Bildung zum Millionär wird oder aber wegen falscher Studienwahl arm bleibt, denn nicht nur die Bildungsentscheidung war Privatsache, sondern eben auch die Finanzierung und somit das Risiko dieser Investition. Dieses System hat jedoch ein systeminhärentes Chancengerechtigkeitsproblem: wer sich Bildung nicht leisten kann oder nur mit hohen Kosten und/oder hohen Schulden, der bildet sich weniger. Somit vererbt sich (Bildungs-)Armut von Generation zu Generation weiter.

ZWEIFACHE SOLIDARITÄT

In unseren Breitengraden ist deshalb die Inanspruchnahme von Bildung bis und mit einem Universitätsstudium praktisch kostenlos. Zumindest die direkten Bildungskosten sollten also keinen Grund darstellen, weshalb jemand auf Bildung verzichtet. Unserem System, in dem die Bildungsnachfragenden einen sehr geringen Teil der Bildungskosten selbst tragen, wohnt implizit ein zweifaches Solidaritätsverständnis inne. Erstens eine Generationensolidarität:



Wenn die steuerzahlende ältere Generation die Bildungskosten der nächsten Generation stemmt, tut sie dies, weil sie diese Solidarität auch von ihren Eltern erfahren hat und implizit davon ausgeht, dass die jüngere Generation diese Unterstützung auch der übernächsten Generation zugutekommen lassen wird. Noch wichtiger ist allerdings die zweite Solidarität, von der weniger gesprochen wird, nämlich jener zwischen denjenigen, die Bildung konsumieren, und denjenigen, die diese nicht in Anspruch nehmen. In einem ersten Schritt bezahlen zwar jene Leute, die arbeiten und sich nicht bilden, den sich bildenden Personen die Ausbildung. Damit es aber nicht zu einem Transfer von unten nach oben kommt, erwartet die erste, zahlende Gruppe, dass die Bildungsnutzerinnen und Bildungsnutzer später über höhere Steuern ihren Beitrag an die Gesellschaft leisten.



WER BEZAHLT'S?

In Systemen, in denen jeder seine eigene Bildung bezahlt, kommt es – wie erwähnt – zu Ungerechtigkeiten, weil sich nicht alle den Vorteil der Bildung leisten können. Aber es kommt zumindest nicht noch zur Ungerechtigkeit, dass jene ohne Bildung jenen mit Bildung deren Bildung bezahlen. In einem Land wie der Schweiz ist es hingegen möglich, dass es zu dieser Unge-

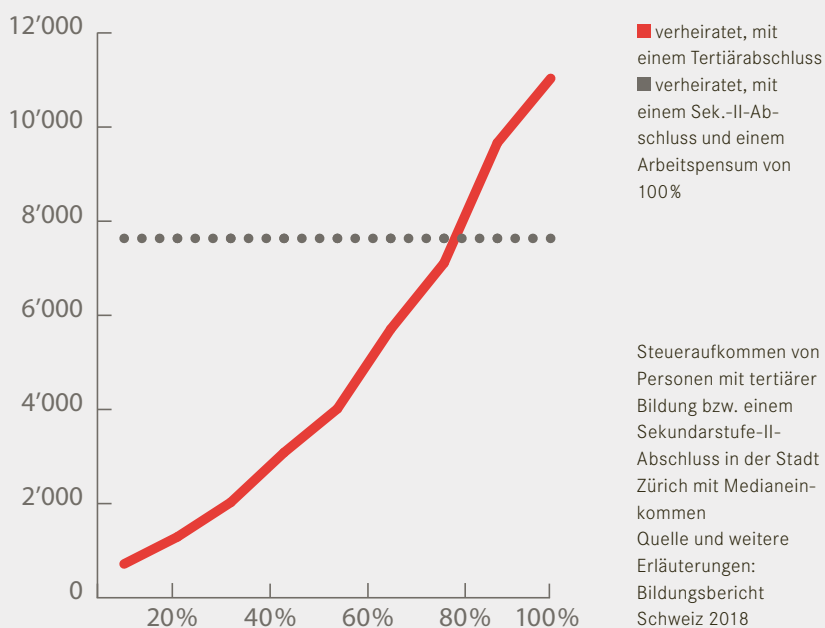
rechtigkeit kommt – beides kann mit dem ökonomischen Wert der Bildung zu tun haben. Einerseits kann es sein, dass die Bildungsnachfragenden ihre Bildungskosten über Steuern nicht mehr zurückbezahlen, weil die Bildung, die sie sich von den anderen haben finanzieren lassen, keinen verwertbaren Nutzen auf dem Arbeitsmarkt aufweist. Andererseits kann es sein, dass sich die genossene Bildung relativ gut auf

dem Arbeitsmarkt entlohnen lässt, sodass man sich von mehr Freizeit mehr Nutzen verspricht als von einem hohen Arbeitspensum. Wie schnell man bei Teilzeitarbeit nicht mehr in der Lage ist, durch höhere Steuerabgaben einen Teil oder die gesamten Bildungskosten der Gesellschaft rückzuvergüten, sieht man in der Abbildung am Beispiel der Einkommens- und Steuersätze der Stadt Zürich. Eine Person, die nach einer Hochschulausbildung weniger als 80% arbeitet, zahlt weniger Steuern als eine in Vollzeit erwerbstätige Person mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II und somit auch keinen Beitrag mehr an die erhaltenen Zuschüsse an die Ausbildung.

Niemand wird sich nur des ökonomischen Werts der Bildung wegen bilden. Aber jene, die sich nicht um den ökonomischen Wert von Bildung scheren, riskieren, das Fundament unserer grosszügig ausgebauten Bildungsfinanzierung über kurz oder lang infrage zu stellen. Aus diesem und anderen Gründen sollte es erlaubt sein, sich von Zeit zu Zeit auch die Frage nach dem ökonomischen Wert von Bildung zu stellen. ●

STEFAN C. WOLTER ist Professor für Bildungsökonomie an der Universität Bern und Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) in Aarau.

STEUERAUFKOMMEN



«WIR MÜSSEN DIE BERUFSMATURITÄT BESSER BEKANNT MACHEN.»

Gut ausgebildete Fachkräfte sind für die Wirtschaft zentral. Was die Bildungsdirektoren der beiden Basel unternehmen, damit die Firmen in der Region auch künftig auf qualifizierte Arbeitskräfte zählen können, erläutern Regierungsrätin Monica Gschwind und Regierungsrat Conradin Cramer im Gespräch mit Karin Vallone, Leiterin Bildung Handelskammer beider Basel.

Der Aufschrei in der Region war gross, als die Resultate der beiden Basel im nationalen Schulvergleich publik wurden. Was machen Sie, um die Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern?

Monica Gschwind: Das Ergebnis war unerwartet, vor allem in Mathematik überraschten uns die schlechten Resultate. Sie sind ein wichtiger Fingerzeig und wir müssen nun genau analysieren, was der Grund für diese Defizite ist. Wir haben eine Tagung einberufen, an der wir die Lehrpersonen, alle Schulbeteiligten und Anspruchsgruppen, so auch die Wirtschaft, danach befragen. Aufgrund der Ursachenanalyse werden wir Massnahmen für die Primar- und Sekundarschulen ableiten. Wir schauen auch, was Kantone mit besseren Ergebnissen anders machen und lernen davon.

Conradin Cramer: Auch für Basel-Stadt waren die Resultate unerfreulich und wir nehmen dies sehr ernst. Wir setzen insbesondere auch auf sprachliche Förderung und setzen diese früh an – bereits vor dem Kindergarten. Sprache ist der Schlüssel, gerade auch in Mathematik. Denn eine Matheaufgabe kann ich nur lösen, wenn ich sie auch sprachlich ver-

standen habe. Zudem führen wir noch vor den Herbstferien Gespräche mit allen Anspruchsgruppen, um gemeinsam Ursachen zu analysieren und Massnahmen zu definieren.

Auch unbesetzte Lehrstellen und hohe Gymnasialquoten geben in der Region immer wieder zu reden.

M.G.: Es ist mir sehr wichtig, dass wir – ab der Primarschule – Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Eltern, besser über unser Bildungssystem und speziell über die duale Berufsbildung informieren. Diese wissen zu wenig über die möglichen Wege der Berufsbildung und einige betrachten diese als zweitklassig. Hier müssen wir ansetzen: Wir müssen stufengerecht über Berufswahlmöglichkeiten informieren und die Berufsmatur besser bekannt machen. Zudem müssen wir mehr Lehrbetriebe dazu motivieren, eine Berufsmaturität anzubieten. Dafür wollen wir unter anderem ein Label «berufsmaturfreundlich» entwickeln.

C.C.: Richtig, es ist ganz entscheidend, dass wir die Wirtschaft ins Boot holen: Die Unternehmen müssen an die Berufsbildung und auch an die Berufsmaturität glauben – verlangt eine Berufsmaturstelle



doch viel von einem Lehrbetrieb. Über die Erziehungsdirektorenkonferenz sollten wir zudem beim Bund weitere Vereinfachungen bei der Berufsmatur erwirken – der Prozess ist nach wie vor kompliziert und zu wenig flexibel.

M.G.: Wichtig ist mir zudem, dass unsere Lehrpersonen näher bei der Wirtschaft sind und die Möglichkeiten der Berufsbildung kennen. Deshalb müssen wir das Verständnis bei den Lehrpersonen für die Berufsbildung weiter erhöhen.

C.C.: Ja, sie sollten noch mehr in die Betriebe gehen und Angebote der Handelskammer wie «Rent a Boss» oder «Schule@Wirtschaft» nutzen. Von ihrer Ausbildung her haben die meisten Lehrpersonen einen schulischen Weg beschritten und sind deshalb mit der Berufslehre weniger vertraut. Hier müssen wir dafür sorgen, dass der Funke überspringt.

Sprechen wir über die Durchlässigkeit des Bildungssystems.

M.G.: Die Durchlässigkeit unseres Bil-



derungssystems ist eine grosse Errungenschaft, die ich sehr unterstütze. Sie bietet Schülerinnen und Schülern und Studierenden auf allen Stufen zusätzliche Chancen. **C.C.:** Das sehe ich ebenso. Ein Übergang für Talentierte sollte auch bei den Hochschulen möglich sein. Ich sehe da keine Konkurrenz zwischen dem praxisorientierten Fachhochschulen und der wissenschaftlich orientierten Universität.

Was machen Sie, damit Berufsleute Familie und Beruf besser unter einen Hut bekommen?

C.C.: Dass sich Familie und Beruf besser vereinen lassen und somit der Wirtschaft genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen, ist mir ein grosses Anliegen. Wir investieren stark in Tagesstrukturen, also schulbegleitende Angebote ab Kindergarten. Hier streben wir einen Paradigmenwechsel an und sagen: Jedes schulpflichtige Kind hat Anspruch auf einen Tagesbetreuungsplatz – auch wenn nicht alle dieses Angebot nutzen. Dies braucht

vor allem auch Investitionen in die Infrastruktur. Wir müssen diese Räume schaffen. Hinsichtlich Tagesbetreuung möchten wir Pioniere sein, im Wissen darum, dass dies für die Wirtschaft ein entscheidendes Kriterium ist, um Fachkräfte hier nach Basel zu bringen und zu halten.

M.G.: Wir haben eine «Kooperationsgruppe Fachkräftebedarf» ins Leben gerufen, welche die Bedürfnisse der Arbeitgeber beobachtet und Massnahmen ableitet, um diesen gerecht zu werden. Ein Beispiel ist die Beratungsstelle «professionELLE» für Wiedereinsteigerinnen. Zudem fördert der Kanton Basel-Landschaft als Arbeitgeber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch Jobsharing auch in Kaderpositionen. Für Tagesstrukturen an den Primarschulen sind die Gemeinden zuständig, die zum Teil mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen konfrontiert sind und unterschiedliche Lösungen wie Tagesschulen und Mittagstische anbieten. Das Angebot richtet sich nach der Nachfrage, die in den Gemeinden sehr

unterschiedlich ist. Auch unsere Sekundarschulen bieten Mittagstische an – zum Teil kombiniert mit kulturellen oder sportlichen Angeboten –, damit die Jugendlichen die Mittagszeit in der Schule verbringen können.

Was würden Sie gerne vom jeweils anderen Kanton übernehmen?

C.C.: Ich würde in einer Nacht- und Nebelaktion den neuen FHNW Campus Muttenz auf den baselstädtischen Boden verschieben. Mir gefallen das Gebäude und die Architektur ausserordentlich gut und ich möchte dem Kanton Basel-Landschaft zu diesem rundum gelungenen Campus gratulieren.

M.G.: Die Volksschule hat in Basel-Stadt auf allen Stufen nur einen Träger. Dies verschlankt und beschleunigt Prozesse. Dabei möchte ich aber betonen, dass ich die Zusammenarbeit mit den Gemeinden sehr schätze und nicht missen möchte. ●

CHECKS

VERGLEICHBARKEIT ZÄHLT

Seit 2013 werden an den Nordwestschweizer Schulen die sogenannten Checks durchgeführt. Immer wieder werden Forderungen laut, diese abzuschaffen. Für die Wirtschaft sind sie aber ein wichtiger Mosaikstein im Bewerbungsprozess. Ein Gespräch mit Dr. Matthias Nettekoven, Leiter Berufsbildung Roche Basel, und Serge Corpataux, Leiter Nachwuchsförderung Roche Berufe, über die Bedeutung des Checks S2 im Rekrutierungsprozess.

Wie viele Lernende starten pro Jahr bei Roche in Basel und Kaiseraugst eine duale Ausbildung?

Serge Corpataux: Die Roche bildet an ihren Standorten Basel und Kaiseraugst jährlich rund 100 Lernende in 14 verschiedenen Berufssparten aus. Unser «triales Ausbildungsmodell» ist eine Kombination aus Lernen an der Werkschule, am Arbeitsplatz und an der Berufsfachschule und verknüpft Theorie und Praxis ideal.

Matthias Nettekoven: Wir integrieren die Lernenden schon früh in reale Projekte, bei denen sie im wissenschaftlichen Bereich sehr schnell Techniken erlernen, die sie im Geschäftsalltag gebrauchen und auch entsprechend umsetzen können.

Wie sieht eine «Roche-übliche» Rekrutierung aus?

S.C.: Idealerweise machen die zukünftigen Lernenden eine Schnupperlehre bei uns, danach absolvieren sie eine Eignungsabklärung, die aus einem kognitiven und einem Fachleistungstest besteht. Fallen die Tests positiv aus, folgt ein Gespräch mit dem Ausbildungsleiter, bei dem auch die Sozialkompetenz, wie das Verhalten und das Auftreten der Kandidaten, beurteilt wird.

Welchen Stellenwert hat der Leistungscheck der Schulen bei der Suche nach Lernenden?

M.N.: Wir fordern bei Bewerbungen den Check S2 aktiv ein. Ein grosser Vorteil dieses Checks liegt sicherlich darin, dass wir eine Vergleichbarkeit über die Kantongrenzen hinweg erhalten, die für uns wertvoll ist.

S.C.: Klar ist, je verlässlicher und besser die Daten der Leistungschecks sind, desto stärker ist die Aussagekraft und damit auch höher der Stellenwert bei uns.

Was ist am Check S2 gut und wo kann er noch verbessert werden?

M.N.: Wir sind sehr dankbar, dass die Volksschulleitung die Bedürfnisse der Wirtschaft abgeholt und diese in den Tests integriert hat. Sie werden nun mit einer gewissen Ernsthaftigkeit durchgeführt. Aber eben, persönliche Aspekte wie Risikobereitschaft, Durchhaltevermögen oder auch Mut werden mit den Tests nicht abgefragt. Es sind rein kognitive Tests, was für uns nicht ausreicht. Wir sind dabei, zu überprüfen, was das optimale Tool ist, um auch diese Aspekte zu berücksichtigen. Wenn der Check S2 dahin gehend entwickelt werden kann, sind wir natürlich sehr daran interessiert.

S.C.: Spannend wäre es für uns, wenn wir die Checks – wie die Schulen – als Testcenter selber durchführen könnten. Denn wir haben auch Bewerberinnen und Bewerber ausserhalb der Nordwestschweiz, die keine oder andere Checks in den Schulen absolvieren. Deshalb müssen wir an unseren eigenen Tests festhalten, um für alle Kandidaten die gleichen Voraussetzungen zu haben.

Was geben Sie den Schulen bezüglich Leistungschecks mit auf den Weg?

S.C.: Wir unterstützen die Durchführung und Weiterentwicklung des Checks S2 stark, denn die Resultate des Checks können durch die Verknüpfung mit Anforderungsprofilen für die Schülerinnen und Schüler eine Hilfe bei der Berufswahl sein.



CHECKS «S»

Die Ergebnisse der Checks S2 und S3 zeigen den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler in den Testfächern im 2. und 3. Sekundarschuljahr. Die Standortbestimmung dient den Lehrpersonen zur gezielten Förderung und als Grundlage für eine Weiterentwicklung des Unterrichts. Die Checks sind überall gleich und werden extern ausgewertet. Dadurch sind Vergleiche über den Klassenverband hinaus und auch mit anderen Kantonen möglich. Die Check-Ergebnisse können eine Information bei Bewerbungen sein und sind Bestandteil des «Abschlusszertifikats Volksschule».

Je bewusster sie diese Entscheidungen über die schulische oder berufliche Zukunft fällen können, desto besser. Je mehr Wertschätzung den Checks entgegengebracht wird und je seriöser diese unter gleichen Rahmenbedingungen durchgeführt werden, desto besser werden Vergleichbarkeit und Aussagekraft. ●



UNIVERSITÄT BASEL

REGIONAL VERANKERT, INTERNATIONAL VERNETZT

Im September hat der Universitätsrat die Strategie 2022–2030 verabschiedet. Damit stellt die Universität Basel die Weichen für ihre erfolgreiche Entwicklung in den kommenden zehn Jahren.

Ziel ist es, die Universität Basel weiterhin als ausgezeichnete Lehr- und Forschungsinstitution zu positionieren, die sowohl regional verankert als auch international vernetzt und sichtbar ist. Als profilierte Volluniversität will die Universität ihren Mitarbeitenden optimale Forschungsbedingungen zur Verfügung stellen und ihren Studierenden ein anspruchsvolles, vielseitiges Studium ermöglichen.

VIER LEITLINIEN

Vier Leitlinien bilden den Rahmen für die einzelnen strategischen Zielsetzungen und Massnahmen. Unter dem Motto **Agilität fördern** will die Universität dezentrale Handlungsspielräume mit agilen Führungsstrukturen und einer effizienten Organisation verbinden. Die **Universität weiter öffnen** beschreibt das Bestreben, die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen auszubauen, einen intensiven Kontakt zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu pflegen und aktiv zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Region beizutragen. Die Leitlinie **Identifikation mit der Universität stärken** formuliert das Anliegen, alle Angehörigen

für ihre strategischen Ziele zu gewinnen sowie die Bevölkerung, die Politik und die Wirtschaft für ihre Vision zu begeistern. Schliesslich wird die Universität vermehrt die einzigartigen **Standortvorteile nutzen**, die den Kultur- und Wirtschaftsraum im Dreiländereck auszeichnen.

KOOPERATIONEN FÖRDERN

In der **Forschung** will die Universität Basel dank wissenschaftlicher Höchstleistungen ihre internationale Sichtbarkeit und Attraktivität weiter steigern. Im Zeichen des digitalen Wandels sollen zukunftsträchtige Bereiche gestärkt und der Zugang zu forschungsrelevanten Daten gesichert werden. Die **Lehre** hat zum Ziel, die Studierenden zu eigenständigem, kompetentem und verantwortungsbewusstem Wirken in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu befähigen. Um bestimmte Forschungsgebiete zu stärken, werden vermehrt **Kooperationen** mit anderen forschungsstarken universitären Hochschulen eingegangen. Darüber hinaus will die Universität eine zentrale Rolle im **regionalen Innovationssystem** einnehmen.

PLATTFORMEN BIETEN

Mit zwei strategischen Projekten wird die Universität ihren gesellschaftlichen Impact stärken: Der **Bio-Campus Oberrhein** soll im Rahmen des Eucor-Verbundes zum europaweit führenden Innovationscluster für die Life Sciences ausgebaut werden. Und mit dem **Forum Basiliense** wird eine internationale Plattform geschaffen, um aktuelle, politisch, ökonomisch und gesellschaftlich relevante Fragestellungen zu diskutieren und im Rahmen interdisziplinärer Projekte Lösungsansätze aufzuzeigen.

Im Kontext des sich zuspitzenden nationalen und internationalen Wettbewerbs muss sich die Universität weiterentwickeln und stetig verbessern, was zusätzliche Investitionen bedingt. Deshalb ist die Universität darauf angewiesen, genügend Unterstützung von den Trägerkantonen und dem Bund zu erhalten. Nur so wird sie ihre Strategie 2022–2030 umsetzen und sich im Interesse der Region erfolgreich weiterentwickeln. ●

DR. BEAT OBERLIN, Vizepräsident des Universitätsrats.
PROF. DR. DR. H.C. ANDREA SCHENKER-WICKI,
Rektorin der Universität Basel.

FHNW CAMPUS MUTTENZ

FÜNF HOCHSCHULEN UNTER EINEM DACH

2018 nahm der neue FHNW Campus Muttenz den Vollbetrieb auf: Rund 3'700 Studierende und 800 Mitarbeitende studieren, lehren und arbeiten seither im spektakulären Gebäude beim Bahnhof Muttenz. Fünf der neun Hochschulen der Fachhochschule Nordwestschweiz bieten unter einem Dach eine breit gefächerte Palette an Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen an.

Im grössten Gebäude der FHNW fanden 2018 die Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik, die Hochschule für Life Sciences, die Pädagogische Hochschule, die Hochschule für Soziale Arbeit und die Hochschule für Technik unter einem Dach zusammen. Nach einem Jahr im Vollbetrieb lässt sich eine erste Bilanz ziehen: Die neue Situation schafft grossartige Voraussetzungen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit und bringt vor allem denjenigen Hochschulen viele Vorteile, die bisher an verschiedenen FHNW-Standorten wirkten. Insgesamt wurden 22 bisherige Standorte im FHNW Campus Muttenz zusammengeführt.

INDUSTRIEPARTNERSCHAFTEN

Auch für die Hochschule für Life Sciences (HLS FHNW) hat sich mit der Eröffnung des Campus vieles verändert. Die Hochschule wuchs aus zwei ehemaligen Stand-



orten zusammen – Wissen, Erfahrung und Ideen können jetzt besser ausgetauscht und die Infrastruktur gemeinsam genutzt werden, sowohl für die Ausbildung als auch für die Forschung. Die bereits etablierten und neu entstehenden Industriepartnerschaften profitieren ebenfalls: Der Campus fördert die Zusammenarbeit der ansässigen Hochschulen wie auch fachübergreifende Forschungsprojekte.

INTENSIVERE ZUSAMMENARBEIT

So ermöglicht der Campus eine intensivere Zusammenarbeit mit der Industrie. Fast im Wochentakt werden Veranstaltungen mit oder von der Industrie im Campus durchgeführt. Diese sind oft mit Führungen durch die Labore und Technologiezentren verbunden. Von grossem Interesse für die Industrie ist das neue Prozess- und Technologiezentrum der HLS FHNW, das sich über vier Etagen erstreckt und annähernd alle Wertschöpfungsprozesse der Life Sciences-Industrie im Entwicklungs- und Produktionsbereich abbildet. Hier werden Projekte von der Idee bis zum verpackten Produkt – sowohl fachspezifisch als auch «aus einer Hand» – angeboten.

TECHNOLOGIETRANSFER

Der Forschungsfokus der HLS FHNW liegt darauf, einen Mehrwert und Lösungen für und mit der Industrie zu erarbeiten. Dies bedeutet auch, eigene innovative Ansätze entschlossen zu verfolgen und sie bis zum Technologietransfer oder zur Gründung von Start-ups voranzutreiben. Im Life Sciences-Bereich sind in der Nordwestschweiz über 700 Firmen forschend und produzierend tätig. Die HLS FHNW arbeitet bereits mit über 100 von ihnen zusammen und verfolgt gemäss Falko Schlottig, Direktor der HLS FHNW und Standortleiter beider Basel FHNW, das Ziel, erste Ansprechpartnerin für Firmen zu sein, die Unterstützung für ihre Fragestellungen suchen.

In diesem Jahr startete die Hochschule für Life Sciences mit neuen Inhalten, neuen Fachrichtungen und einer neuen Struktur in der Bachelor-Ausbildung. Auf der Master-Stufe bietet sie zusammen mit der Hochschule für Wirtschaft FHNW zudem neu einen Master-Studiengang in Medizin-informatik an. ●

BILDUNG IM UMBRUCH

Nationalrätin und Präsidentin der Handelskammer beider Basel Elisabeth Schneider-Schneiter über ihren eigenen ersten Schultag und was heute ihre dringendsten Forderungen an ein gut funktionierendes Bildungssystem sind.

Erinnern Sie sich an Ihren ersten Schultag?
Natürlich, das war an der Primarschule in Hofstetten. Ich konnte es kaum erwarten, in die Schule zu gehen. Denn als Bauernkind musste ich auf dem Hof mithelfen und da war die Schule eine willkommene Abwechslung.

Sie gingen also gerne zur Schule.

Ja, sehr. Ich habe es genossen, wenn etwas lief, und hatte das Privileg, dass mir das Lernen nie schwer fiel.

Sind Sie zufrieden mit unserem Bildungssystem?

Wir haben in der Schweiz nach wie vor ein ausgezeichnetes Bildungssystem. Um unsere duale Berufsbildung werden wir weltweit beneidet. Ich bin aber überzeugt, dass sich mit dem digitalen Wandel das Berufsbild komplett ändern und neue Anforderungen und Kompetenzen verlangen wird.

Was sind die dringendsten Forderungen der Wirtschaft an die Bildung?

Der Fachkräftemangel, der in vielen Bereichen herrscht, ist ein grosses Thema für die Wirtschaft. Die Unternehmen brauchen Fachleute auf allen Bildungsstufen, die den Anforderungen von morgen gerecht werden. In einer Zeit, in der Computer und Maschinen viele Aufgaben übernehmen können, braucht die Wirtschaft insbesondere Menschen mit einer hohen sozialen Kompetenz. Denn diese sind unersetzbar. Dies muss in unserem Bildungssystem mehr Beachtung finden. Für Lehrpersonen bedeutet das, dass sie die digitalen Technologien kennen und über die nötige Kom-

petenz verfügen. Auch die permanente Weiterbildung, ein lebenslanges Lernen oder gar die Umschulung in ein neues Berufsfeld im Verlauf eines Berufslebens nehmen einen immer höheren Stellenwert ein.

Wofür soll man sich politisch im Bildungsbereich einsetzen?

Wir müssen dringend dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dazu müssen wir bereits im Kindergarten- und Primarschulalter Massnahmen ergreifen, wie das Interesse an den naturwissenschaftlichen Fächern geweckt werden kann. Auch hierfür brauchen wir gut ausgebildete Lehrpersonen. Um unsere Spitzenposition in Forschung und Innovation nicht zu verlieren, müssen wir aber auch offen gegenüber Europa bleiben. Dabei ist es wichtig, dass wir unser Verhältnis zur EU rasch klären, um weiterhin am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 teilnehmen zu können. Die ungelöste Situation in der Forschungsfrage mit der EU belastet den Forschungsplatz Schweiz. Die Forschung ist auf internationale Netzwerke angewiesen.

Zudem sollten wir uns vermehrt für Tagesschulen einsetzen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. In vielen europäischen Ländern werden die Schüler ganz selbstverständlich über Mittag in der Schule betreut. In der Schweiz hinken wir in diesem Punkt weit hinterher. ●

ICT-BRANCHE

IM WANDEL UNTERSTÜTZEN

Die Online-Bestellung, die Fahrt mit Uber oder die Fitnessmotivation durch die Smartwatch sind für die meisten von uns bereits selbstverständlich. Nicht nur in unserer Freizeit, sondern auch in Unternehmen hat der digitale Wandel längst Einzug gehalten. Die Erweiterung des Kundenkreises, Anpassungen an Produktpalette und Dienstleistungen, die Entwicklung neuer Businessmodelle und effizientere Prozesse sind nur einige Beispiele, welche digital unterstützt werden können.

Gerade weil die Möglichkeiten der Digitalisierung fast unbegrenzt sind, herrscht vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen oft Unsicherheit, wie sich der digitale Wandel für sie gewinnbringend nutzen lässt.

Um ihre Mitgliedunternehmen bestmöglich zu unterstützen, hat die Handelskammer beider Basel vor zwei Jahren die Initiative «Are you digital?» lanciert. Zahlreiche Unternehmen haben inzwischen von den Angeboten der Initiative profitiert und die Chancen der Digitalisierung für ihr Unternehmen ausgelotet. «Mit unserem «Digital Checkup» und «Digital Project» konnten

wir bereits viele Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie oder neuen digitalen Geschäftsmodellen unterstützen», sagt Deborah Strub, Leiterin Cluster & Initiativen der Handelskammer beider Basel.

NEUER FOKUS

Es ist keine Neuigkeit, dass die Digitalisierung auch künftig eine treibende Rolle bei der Entwicklung unserer Wirtschaft innehaben wird. Eine Kof-Studie vom Mai 2019 kommt zum Schluss, dass die Digitalisierung in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze geschaffen hat und weiter schaffen wird. Der ICT-Branche kommt dabei eine Bedeutung zu, der aus Sicht der Handelskammer in der Region Basel noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das will die Handelskammer ändern und lanciert eine neue Initiative. Aus «Are you digital?» wird «be-digital». Mit der neuen Plattform soll die ICT-Branche der Region Basel gestärkt und die regionalen Unternehmen bei ihrer digitalen Transformation individuell unterstützt werden.

OPTIMALE RAHMEN SCHAFFEN

«Wir wollen den einzelnen Unternehmen der ICT-Branche, aber auch Unternehmen mit erfolgreichen digitalen Anwendungsbeispielen mehr Sichtbarkeit verschaffen.

be-
digital

*Plattform für digitale
Kompetenz Basel*

Wir werden Möglichkeiten schaffen, sich mit anderen Unternehmen zu deren Erfahrungen rund um die Digitalisierung auszutauschen oder mit ICT-Anbietern in den Dialog zu treten. Und es werden Weiterbildungsangebote für Führungskräfte sowie Dienstleistungen entstehen, mit denen die Unternehmen bei ihrer Digitalisierung individuell unterstützt werden», erklärt Strub.

Die ICT-Branche ist auf optimale Rahmenbedingungen angewiesen, damit sich die Region zu einem erfolgreichen digitalen Wirtschaftsstandort entwickeln kann. Für eine dynamische Entwicklung der Digitalisierung braucht es vor allem Freiraum für die Wirtschaft und Gesellschaft, für Innovationen und Forschung. Gleichzeitig müssen wir optimale Bedingungen für Investitionen in Industrie und Wirtschaft schaffen, denn sie sind entscheidende Rahmenbedingungen. Und genau dafür will sich die Handelskammer beider Basel einsetzen. Beispielsweise birgt der europaweit verstärkte Datenschutz die Gefahr, innovative Geschäftsmodelle zu erschweren oder gar zu verunmöglichen. «Vor allem bei der Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft hat die gesamte Schweiz Aufholbedarf», führt Strub weiter aus.

FACHKRÄFTE VON MORGEN

«Ein grosses Problem, das von der ICT-Branche immer wieder beklagt wird, ist der Fachkräftemangel», so Strub. Um dem entgegenzuwirken, unterstützt die Handelskammer als Patronatsgeberin das Projekt ICT Scouts/Campus. «Diese Zusammenarbeit werden wir mit unserer Plattform <be-digital> ausbauen und so dem Fachkräftemangel dezidiert entgegenwirken.» Die ICT Scouts funktionieren ähnlich wie die Talentsuche im Sport: Scouts besuchen möglichst flächendeckend Klassen eines Jahrgangs an verschiedenen Schulen. Pro Klasse wird ein vierstündiger Programmier-Workshop durchgeführt. Strub: «Kinder und Jugendliche, die ein besonderes Flair zeigen, werden für den Campus eingeladen.»

Nach erfolgreicher Aufnahme besuchen die Schülerinnen und Schüler bis zum Schulaustritt jeden zweiten Samstag den ICT-Campus in Muttenz. Die Jugendlichen wählen aus einem breiten Angebot ein spannendes Projekt aus oder realisieren ihre eigenen Ideen. Der Spass steht im Vordergrund. Es wird programmiert, codiert, gebaut und entwickelt. Begleitet werden die Jugendlichen von ausgebildeten Mentorinnen und Mentoren.

IT-Vorkenntnisse sind keine Voraussetzung. Es geht vielmehr darum, wie die Kinder mit Problemen umgehen. «Informatik ist ein Gebiet, bei dem immer etwas nicht funktioniert», sagt Rolf Schaub, Geschäftsführer von ICT Scouts/Campus. Die Scouts beobachten deswegen, wie die Jugendlichen auf Hindernisse reagieren – ob sie aufgeben, die Nachbarin fragen oder auf Hilfe warten.

Am Schluss stehen top motivierte und leistungsbereite Jugendliche, die sich mit einem im Campus erworbenen Erfahrungsschatz auf die Suche nach einer Lehrstelle machen. Der ICT Campus ist freiwillig und so bleibt nur, wer Spass, Interesse und Ausdauer hat, bis zum Abschluss dabei. ●



MITMACHEN

Interessiert, bei der «be-digital»-Plattform mitzuwirken und von einem neuen, auf Digitalisierungsthemen ausgerichteten Netzwerk zu profitieren? Dann machen Sie mit. Sie haben zwei Möglichkeiten:

» Finanzieren und mitbestimmen

Nach dem Motto «von der Wirtschaft für die Wirtschaft» will die Handelskammer die Plattform gemeinsam mit führenden Unternehmen – sowohl ICT-Dienstleistern als auch ICT-Dienstleistungsempfängern – und Hochschulen tragen und bedürfnisorientiert weiterentwickeln. Als Träger finanzieren Sie die «be-digital»-Plattform mit und engagieren sich im Steering Committee. Sie bestimmen mit, wie die strategische Ausrichtung und das Jahresprogramm aussehen sollen und welche Aktivitäten die «be-digital»-Plattform verfolgen soll. Melden Sie sich dafür direkt bei Deborah Strub d.strub@hkbb.ch.

» Teil vom Netzwerk werden

Oder werden Sie Teil vom Netzwerk und geben Sie uns Ihre Mailadresse auf www.be-digital-basel.ch bekannt. Wir werden Sie fortlaufend informieren und Ihnen spannende Angebote rund um die Digitalisierung vorstellen.

SV17

FÜR Ä STARKS BASELBIET

Im Mai 2019 hat die Schweiz klar Ja zur AHV-Steuervorlage gesagt. Ein weiteres Ja am 24. November zur Umsetzung im Kanton Basel-Landschaft ist die logische Konsequenz.

Vor einem Jahr berichteten wir im *twice* über die Steuervorlage 17 (SV17) des Kantons Basel-Stadt. Diese fand im Februar 2019 mit einer Zustimmung von rund 79 Prozent klare Unterstützung. Im Mai sagte auch die Schweiz Ja zur AHV-Steuervorlage. Der Kanton Basel-Landschaft stimmte dieser nationalen Vorlage mit rund 64 Prozent zu. Nun folgt der dritte und letzte Schritt für unsere Region. Am 24. November stimmt der Kanton Basel-Landschaft über seine kantonale Umsetzung ab. Nach dem Ja auf nationaler Ebene ist ein Ja auf kantonaler Ebene die logische Schlussfolgerung. Wir zeigen, was die Vorlage beinhaltet und wie sie sich konkret auswirkt.

HÖHERE KONZERNSTEUERN

Kern der Vorlage ist der Wegfall der privilegierten Besteuerung von sogenannten Statusgesellschaften. Diese profitieren heute

von tieferen Steuersätzen als alle anderen Unternehmen, was in Zukunft nicht mehr möglich ist. Bleibt der Kanton untätig, steigt die Gewinnsteuer für ein betroffenes Unternehmen dadurch massiv an. So würde beispielsweise der Steuersatz für einen international tätigen Konzern ohne Forschung von heute 10 Prozent auf bis zu 20,7 Prozent ansteigen. Die SV17 sieht stattdessen neu einen einheitlichen Gewinnsteuersatz von 13,45 Prozent für alle Unternehmen vor, was mehr Steuergerechtigkeit schafft. Der erwähnte Konzern wird also künftig höhere Steuern zahlen, der Anstieg wird jedoch abgemildert. Profitieren werden von dieser Anpassung der Steuersätze hingegen die KMU. Weil die ordentlichen Gewinn- und Kapitalsteuersätze gesenkt werden, zahlen sie künftig weniger Steuern.

STEUERSUBSTRAT SICHERN

Diese Massnahme ist sehr wichtig, würde sich doch ansonsten die steuerliche Attraktivität des Baselbiets massiv verschlechtern. Jeder fünfte Steuerfranken, den Un-

ternehmen leisten, wird heute von einer Statusgesellschaft bezahlt. Ein wichtiges Ziel dieser Steuervorlage ist es, das Steuersubstrat zu erhalten, damit der Kanton auch in Zukunft genügend finanzielle Mittel hat, um wichtige Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur oder Gesundheit zu erfüllen. Mit der SV17 wird den betroffenen Unternehmen ein attraktives, international akzeptiertes Alternativmodell angeboten, welches dazu beiträgt, diese wichtigen Steuerzahler im Kanton zu halten und auch neue Steuerzahler anzuziehen.

F&E STÄRKEN

Forschung und Entwicklung sind für den Fortschritt und den Wohlstand der Region Nordwestschweiz von elementarer Bedeutung. Deshalb sind in der SV17 Elemente vorgesehen, um entsprechende Investitionen zu fördern. So wird ein Abzug für Forschungs- und Entwicklungsausgaben geschaffen. Können als Ergebnis dieser Forschung Patente angemeldet werden, so werden die Erträge daraus reduziert be-



FÜR Ä STARKS BASELBIET!

JO ZUR
STÜURVORLAG 17

www.starksbaselbiet.ch

AUSWIRKUNGEN DER BASELBIETER STEUERVORLAGE

UNTERNEHMEN

KMU MIT WENIG GEWINN BEISPIEL: BÄCKEREI



Eigenkapital: 100'000 Franken
Gewinn: 10'000 Franken

STEUERERSPARNIS:
122 FRANKEN

RENDITESTARKES KMU BEISPIEL: BAUFIRMA



Eigenkapital: 20'000'000 Franken
Gewinn: 3'000'000 Franken

STEUERERSPARNIS:
228'373 FRANKEN

PRIVATPERSONEN

PRÄMIENVERBILLIGUNG ALLEINSTEHENDE



Jahreslohn (netto): 30'000 Franken
Ersparnis: 300 Franken (44%)

EHEPAAR, 2 KINDER



Jahreslohn (netto): 80'000 Franken
Ersparnis: 1'080 Franken (32%)

INTERNATIONALER KONZERN BEISPIEL: HANDELSGESELLSCHAFT



Eigenkapital: 150'000'000 Franken
Gewinn: 50'000'000 Franken

MEHRBELASTUNG:
1'752'745 FRANKEN

FORSCHUNGSKONZERN BEISPIEL: PHARMA-MULTI



Eigenkapital: 150'000'000 Franken
Gewinn: 50'000'000 Franken

STEUERERSPARNIS:
164'600 FRANKEN

KINDERBETREUUNGSABZUG ALLEINERZIEHENDE, 1 KIND



Jahreslohn (brutto): 80'000 Franken
Steuerersparnis*: 667 Franken (32%)

EHEPAAR, 2 KINDER



Jahreslohn (brutto): 150'000 Franken
Steuerersparnis*: 1'975 Franken (18%)

* Beispiel für Mutter

Quelle: Finanz- und Kirchendirektion

steuert. Damit sichert die SV17, dass unsere Region auch in Zukunft ein führender Forschungsstandort bleibt.

SOZIALER AUSGLEICH

Sowohl auf Bundesebene wie auch in anderen Kantonen hat sich gezeigt, dass eine Unternehmenssteuerreform von der Bevölkerung nur dann als akzeptabel und gerecht empfunden wird, wenn sie einen sozialen Ausgleich für die natürlichen Personen beinhaltet. Die SV17 beinhaltet deshalb zwei sozialpolitische Massnahmen, die direkt zu einem ausgewogenen Paket führen. Einerseits werden die Gelder für die Verbilligung der Krankenkassenprämien im Umfang von 17,4 Millionen Franken erhöht. Die Richtprämien werden bis 2022 gestaffelt heraufgesetzt.

Andererseits wird der Steuerabzug für Kinderdrittbetreuungskosten von heute 5'500 auf 10'000 Franken erhöht. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert.

WIRTSCHAFT LEISTET BEITRAG

Es ist klar, dass auch die Wirtschaft ihren Beitrag zum erfolgreichen Gelingen dieser Steuervorlage beitragen muss. Wie bereits erwähnt, müssen bisherige Statusgesellschaften künftig höhere Steuern bezahlen. Mit der nationalen Vorlage wurden die Lohnbeiträge, die zur Hälfte vom Arbeitgeber bezahlt werden, zugunsten der AHV erhöht. Und auch die von 50 auf 60 Prozent erhöhte Dividendenbesteuerung geht vollumfänglich zulasten der Unternehmer. Die Wirtschaft ist sich der

Bedeutung dieser Vorlage sehr bewusst. Deshalb ist sie bereit, diese Mehrbelastungen zu akzeptieren, um ihren Teil zu dieser wichtigen Reform beizutragen.

WETTBEWERBSFÄHIG BLEIBEN

Alles in allem erweist sich die Vorlage als in sich stimmiges Paket. Viele andere Kantone haben die Gelegenheit genutzt und ihre Steuersätze gesenkt. Mit der SV17 bietet sich dem Kanton Baselland die Chance, wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. So hat kürzlich eine Studie der Credit Suisse festgestellt, dass das Baselbiet mit dieser Reform in die Top 5 der Schweiz aufsteigen würde. Mit einem Ja am 24. November zeigt sich das Baselbiet selbstbewusst und positioniert sich als attraktiver Wirtschafts- und Wohnkanton. ●

FOKUS

AUSSEN- WIRTSCHAFT

Für die Exportregion Basel ist der internationale Handel besonders wichtig. Mit dem neu geschaffenen Bereich Aussenwirtschaft vertritt die Handelskammer die Interessen der Unternehmen und setzt sich für einen ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt ein.



«Damit wir unsere Rolle als Interessenvertreterin und Sprachrohr der Wirtschaft auch zukünftig fundiert und effizient wahrnehmen können, haben wir einen Bereich Aussenwirtschaft geschaffen», erklärt Handelskammer-Direktor Martin Dätwyler. «Als Exportregion sind wir auf offene Märkte angewiesen. Schweizer Unternehmen sollen diskriminierungsfrei handeln und investieren können.» Geleitet wird der neu geschaffene Bereich Aussenwirtschaft von Gabriel Schweizer.

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Das internationale Handelssystem steht zurzeit von verschiedenster Seite unter Druck. Die neuen protektionistischen Tendenzen fordern die Schweizer Aussenwirtschaft heraus. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Schweiz alle verfügbaren Instrumente nutzt, um den weltweiten Marktzugang für Schweizer Unternehmen auch zukünftig sicherzustellen und auszuweiten. Die Handelskammer bringt sich mit Impulsen und Analysen aktiv in diese Diskussion ein.

Aber auch in der innenpolitischen Debatte stehen grosse Herausforderungen an:

Hier gilt es, den zahlreichen politischen Vorstössen und Initiativen aus Sicht der Wirtschaft zu begegnen und die Diskussion für die Region Basel positiv mitzugestalten.

«Wir brauchen weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit der EU.»

«Immer wieder werden Initiativen lanciert, die die Aussenwirtschaft und damit den Wirtschaftsstandort Schweiz auf eine harte Probe stellen. Die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative und die Kündigungsinitiative sind gleich zwei aktuelle Beispiele dafür», so Gabriel Schweizer.

NICHT AUFS SPIEL SETZEN

So zwingt die Kündigungsinitiative den Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bereits ein Jahr nach der Abstimmung aufzulösen – damit würden auch die weiteren Verträge aus dem Paket der Bilateralen I dahinfallen, erklärt Schweizer. Die EU ist bei Weitem der wichtigste Handelspartner der Schweiz.

Die bilateralen Verträge sind gerade für die Exportregion Basel eine grosse Erfolgsgeschichte. Gut ein Viertel aller Schweizer Ausfuhren in die EU stammen aus den beiden Basel. Jeder zweite Arbeitsplatz im Kanton Baselland hängt vom Export in die EU ab. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zur EU sichern unseren Wohlstand, wovon wir alle profitieren. «Damit dies so bleibt, brauchen wir weiterhin eine enge politische Zusammenarbeit mit der EU.» Unternehmen profitieren ebenso von der engen Vernetzung mit unseren Nachbarn wie jeder Einzelne von uns. Dazu zählen ein möglichst ungehinderter Marktzugang, eine Harmonisierung regulatorischer Anforderungen, ein unbürokratischer Zugriff auf EU-Fachkräfte, sowie der Zugang zum EU-Forschungsprogramm und dem EU-Strommarkt, hält Schweizer fest. Die Handelskammer beider Basel setzt sich deshalb dafür ein, dass die Kündigungsinitiative und ähnliche Vorstösse keine Mehrheit finden. ●

GABRIEL SCHWEIZER studierte Politikwissenschaft, Sinologie und Volkswirtschaft an der Universität Zürich sowie chinesische Sprache an der Central Academy of Arts and Design und der Beijing Language and Culture University in Peking.

ALLIANCE GLOBÂLE

EIN COMMITMENT FÜR DEN EUROAIRPORT

Als zweitgrösster und dynamischster Wirtschaftsraum der Schweiz ist die trinationale Region Basel auf eine optimale Erreichbarkeit für Menschen und Güter angewiesen. Dazu gehört auch ein leistungsstarker Flughafen mit einem attraktiven Angebot an Verbindungen, wie es der EuroAirport bietet. Die von Verbänden und Einzelpersonen gemeinsam lancierte Initiative «Alliance GloBâle» setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des EuroAirport und damit für den trinationalen Wirtschafts- und Lebensraum Basel ein.

«Eine optimale Erreichbarkeit unserer Wirtschaftsregion stellt einen entscheidenden Standortvorteil im nationalen und internationalen Wettbewerb dar», so Handelskammer-Direktor Martin Dätwyler. «Nur mit einer bestmöglichen Anbindung an Europa und die Welt, können wir weiterhin ein erfolgreicher Wirtschaftsraum bleiben.» Und genau dazu leistet der EuroAirport mit über 120 Destinationen einen wichtigen Beitrag: «Der EuroAirport verbindet uns mit den wichtigsten europäischen Wirtschaftszentren und befriedigt die Mobilitätsbedürfnisse von über 8,5 Millionen Passagieren jährlich, egal ob als Geschäftsreisender oder als Privatperson.» Für die Tourismusbranche der Nordwestschweiz und der Schweiz insgesamt ist der EuroAirport ebenfalls kaum wegzudenken.

WEITERHIN STARKES WACHSTUM

Verantwortliche des EuroAirport gehen für die kommenden Jahre von einem weiterhin kräftigen Wachstum aus. Bis 2030 erwarten sie 11 bis 13 Millionen Passagiere – 2018 waren es noch 8,5 Millionen gewesen. Bei der geflogenen Luftfracht ist mit einer Zunahme von 100'000 auf bis zu 130'000 Tonnen zu rechnen. Dies stärkt die Stellung des EuroAirport als einen von drei Schweizer Landesflughäfen und fünftgrössten Regionalflughafen Frankreichs weiter. «Unser Erfolg hängt vor allem von guten Handelsbezie-

hungen mit anderen Ländern ab. Der so wichtige, auch persönliche internationale Austausch wird erst mit einem Flughafen möglich», ergänzt Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Handelskammer beider Basel.

Und genau dafür setzen sich die Verbände und Einzelpersonen mit ihrer kürzlich lancierten Initiative «Alliance GloBâle» ein. «Oberstes Ziel der Initiative sind der Erhalt des EuroAirport und dessen Weiterentwicklung als eine zentrale Verkehrsinfrastruktur unserer Region», erklärt Dätwyler.

1,6 MRD. EURO WERTSCHÖPFUNG

Beim EuroAirport handle es sich um den einzigen binationalen Flughafen der Welt. Dem gelte es Sorge zu tragen, damit er sich im Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung entwickeln könne, meint Dätwyler. Denn auch als Arbeitgeber spielt der EuroAirport eine wichtige Rolle: Rund 110 am Flughafen niedergelassene Unternehmen schaffen mehr als 6'300 direkte und rund 20'000 indirekte Arbeitsstellen. Dätwyler: «Der EuroAirport ist also von entscheidender Bedeutung für den Erfolg unseres Wirtschafts- und Lebensraums». Mit einer jährlichen Wertschöpfung von 1,6 Milliarden Euro leistet er einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Beitrag. ●

SEBASTIAN DEININGER

Für den EuroAirport, weil er

- zentral ist für die Erreichbarkeit der Region auf dem Luftweg,
- für die Anbindung des Standorts und daher für Wachstum und Wohlstand essenziell ist,
- den für unsere Region unabdingbaren internationalen Austausch ermöglicht,
- Mobilitätsbedürfnisse von über 8,5 Mio. Passagieren jährlich befriedigt,
- ein unersetzbares Element in der Logistikkette ist.



www.alliance-globale.ch

Alliance GloBâle
Ein Commitment für den EuroAirport

eine Initiative der **Handelskammer beider Basel** zusammen mit

Arbeitgeberverband Basel | Basel Tourismus | CCI Alsace Eurométropole | Gewerbeverband Basel-Stadt | IG EuroAirport Basel | Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee | Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein | Pro Innerstadt Basel | Regio Basiliensis | SPEDLOGSWISS Nordwestschweiz | TCS Sektion beider Basel | Vereinigung für eine Starke Region Basel/Nordwestschweiz | Wirtschaftskammer Baselland



WO LICHT IST, IST DIE ZUKUNFT

Licht ist nicht gleich Licht. Wie es uns im Alltag beeinflusst und welches Potenzial Licht noch nicht ausgeschöpft hat – beispielsweise als Informationsträger –, erzählt Christoph Platzer, CEO der Regent Lighting AG.

Herr Platzer, was fasziniert Sie an Licht?

Die Kombination von Emotionen, Technologie und Design fasziniert mich. Deshalb bin ich schon 13 Jahre in der Branche.

Was ist State of the Art in Sachen Licht?

Wenn man heute an eine professionelle Beleuchtungslösung denkt, dann ist die auf jeden Fall energieeffizient. Die Lichtqualität spielt für den Menschen ebenfalls eine immer wichtigere Rolle. Drittens

sind wir heute bezüglich kompromisslosen Designs von LED-Leuchten wesentlich weiter als noch vor fünf Jahren. Die vierte Komponente ist bei Regent «user-centric design». Unser Anspruch sind hier intuitive Lichtlösungen, die den Nutzer nicht überfordern und keinen grossen Programmieraufwand benötigen.

Kann man Licht individualisieren?

Einerseits kann man die Leuchte hinsichtlich Farbe, Sensoren und Softwareparameter individualisieren. Andererseits kann man aber auch Licht individualisieren. Hierfür haben wir die App «MyLights Tunable» lanciert. Diese sucht automatisch Leuchten in Ihrer Umgebung. Nach dem Prinzip Plug-and-play startet nach dem Einstecken automatisch der Modus Tageslichtverlauf und bietet einen stufenlosen Wechsel zwischen kalter und warmer Farbtemperatur des Lichts. Die Bedienung per App ermöglicht dem Nutzer, anhand von Fragen zum individuellen Tagesrhythmus zusätzlich individuelle Farbverläufe einfach und intuitiv einzustellen und somit sein Wohlbefinden zu steigern.

Ihr Portfolio ist unglaublich vielfältig. Was ist Ihre grösste Herausforderung?

Zu den Herausforderungen zählt sicherlich, in der Produktentwicklung eben diese vielfältigen Anwendungssituationen mitzudenken. Sprich, in einer Leuchte die Anforderungen einer Bergbahn, eines Grossraumbüros oder eines Lagers zu vereinen –, und dies in einer guten Qualität und ansprechendem Design – ist eine grosse Challenge.

NFT

Gibt es ein Projekt, auf das Sie besonders stolz sind?

Ja, alleine in der Schweiz fallen mir da einige Highlights ein. Lokal und emotional ist für uns natürlich die Beleuchtung der beiden Roche-Türme wichtig. Zu wissen, wie viele Einwohner täglich unter unserem Licht beispielsweise bei Coop Waren präsentiert sehen oder mit der SBB, für welche wir einen Grossteil der Infrastruktur beleuchten, arbeiten gehen, macht uns stolz.

Eine Innovation folgt auf die nächste.

Was muss man mitbringen, um bei Ihnen zu arbeiten?

Wir sind anspruchsvoll, haben eine super Substanz an langjährigen Mitarbeitenden, aber auch eine gute Balance mit neuen Eintritten. Als KMU brauchen wir neugierige Pragmatiker, die anpacken können.

Ist der Fachkräftemangel bei Ihnen ein Thema?

Das ist sehr abhängig von der Disziplin. Für Grafiker im Marketing erhalten wir 60 Bewerbungen in einer Woche. IT-Spezialisten dagegen sind extrem schwer zu finden. Teilweise müssen wir auch im Ausland rekrutieren. Gute Leute im Verkauf sind ebenfalls immer gefragt und unsere Visitenkarte. Indem wir selbst ausbilden, ziehen wir aber intern Nachwuchskräfte heran. Zurzeit haben wir zehn Lernende in unterschiedlichen Berufen.

Klimaschutz steht derzeit auf vielen Agenden. Bieten Sie klimafreundliche Beleuchtungssysteme?

In der 110-jährigen Geschichte von Regent findet man beispielsweise die erste Stehleuchte mit Sensorik. Vor zehn, fünfzehn Jahren noch eine grosse Sache, sind Sensoren heute in unseren Leuchten Standard. Das heisst, nur wenn Menschen anwesend sind, gibt es auch Licht. Ausserdem misst der Sensor die vorhandene Helligkeit. Hat es genügend Tageslicht, wird das Kunstlicht entsprechend gedimmt. Als erster Vollsortimenter im professionellen Beleuchtungsmarkt setzen wir seit 2017 zu 100% auf LED. Ein weiterer Aspekt in der Nachhaltigkeit ist die Lieferkette. Ein grosser Teil unserer Bestandteile kommt aus Europa und legt damit relativ kurze Transportwege zurück – um nur einige unserer Bemühungen zum Thema Klimaschutz zu nennen.

Sie sagen: Wo Licht ist, ist die Zukunft. Inwiefern?

Licht wird Infrastruktur für Smart Buildings. Im Rahmen des Internet of Things (IOT) werden Gebäude mit immer mehr Sensoren ausgestattet. Letztere brauchen einen Träger sowie Energieversorgung. Für uns sind Leuchten der ideale Träger. Überall wo Licht ist in einem Gebäude, gibt es Energie. Und Licht ist die einzige flächendeckende Infrastruktur in einem

Gebäude. Wir sind der Überzeugung, dass wir die richtige Plattform haben für die IOT-Sensorik der Zukunft. Anhand dieser Daten kann beispielsweise der Gebäudebetrieb optimiert werden. Wissen wir, wie viele Stunden ein Büroarbeitsplatz benutzt wurde, können wir ein entsprechendes Reinigungsintervall fahren. Oder praktiziert ein Unternehmen Desk-sharing, kann ein Mitarbeiter bereits beim Betreten des Büros sehen, welche Arbeitsplätze frei sind. So kann auch der Facility-Manager die Auslastung optimieren. Sind an einem Ort im Schnitt nur 50% der Arbeitsplätze benutzt, hat das vielleicht einen Grund. Oder man kann die Verdichtung erhöhen und mehr Mitarbeiter in diesen Bereich bringen. Deswegen glauben wir sehr stark, dass Licht die Zukunft ist für Smart Buildings.

In der Bauindustrie nutzt man immer häufiger BIM (Building Information Modeling). Was bieten Sie hier an?

Die Baubranche ist global gesehen eine Milliardenbranche. Es gibt aber wenige Branchen, die in Summe so ineffizient sind wie die Baubranche. Die Grösse des Marktes, gepaart mit der vorherrschenden Ineffizienz, ist ein idealer Nährboden für Digitalisierung und Disruption. Deshalb sind Themen wie BIM ganz spannend und werden deutliche Änderungen bringen. Wir bieten für alle relevanten Regent-Produkte in den verschiedenen Stufen der Bauphase BIM-Files an. Auf den Plattformen, die BIM-Objekte anbieten, sind wir mit unseren Leuchten vertreten. Und drittens bauen wir gerade den Service auf, in der Planungsphase mitzuarbeiten. ●

CHRISTOPH PLATZER ist seit 2017
CEO der Regent Lighting AG.

ÜBER REGENT LIGHTING

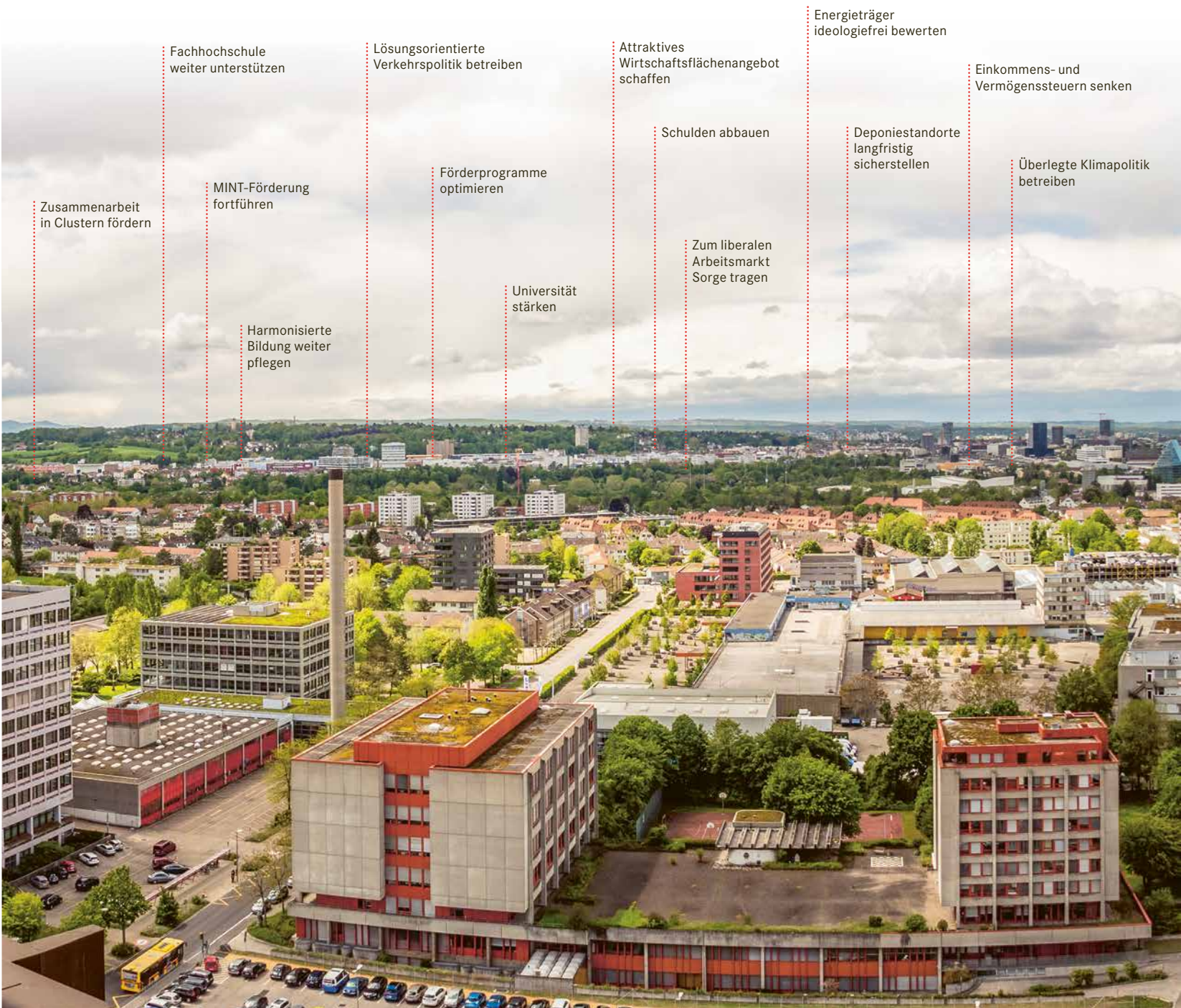
Das 1908 gegründete Familienunternehmen ist Marktführer in der Schweiz, einer der führenden Leuchtenhersteller in Europa und international über Distributionspartner in 35 Ländern präsent. Regent berät Lichtplaner, Architekten, Installateure sowie Endkunden.



www.regent.ch

LEGISLAT

DER WIRTSCHAFT 2020–2023



Zusammenarbeit
in Clustern fördern

Fachhochschule
weiter unterstützen

MINT-Förderung
fortführen

Harmonisierte
Bildung weiter
pflegen

Lösungsorientierte
Verkehrspolitik betreiben

Förderprogramme
optimieren

Universität
stärken

Attraktives
Wirtschaftsflächenangebot
schaffen

Schulden abbauen

Zum liberalen
Arbeitsmarkt
Sorge tragen

Energieträger
ideologiefrei bewerten

Deponiestandorte
langfristig
sicherstellen

Einkommens- und
Vermögenssteuern senken

Überlegte Klimapolitik
betreiben

TURPLAN

In ihrem Legislaturplan der Wirtschaft formuliert die Handelskammer beider Basel eine Auswahl an konkreten Forderungen an die Baselbieter Regierung für die kommenden vier Jahre. Damit gibt die Handelskammer Input für die nächste Legislatur und schafft die Grundlage für einen konstruktiven, bereichernden Austausch zwischen Wirtschaft und Politik.

Was bringt das Baselbiet voran? Welche Themen müssen wir anpacken, damit unser Standort wettbewerbsfähig und attraktiv zum Arbeiten, Wohnen und Lernen bleibt? Auf diese Fragen sucht nicht nur die Baselbieter Regierung Antworten, sondern auch die Handelskammer beider Basel. In ihrem «Legislaturplan der Wirtschaft 2020–2023 Basel-Landschaft» hat sie deshalb eine Auswahl von Themen und Forderungen zusammengetragen, die aus Sicht der Wirtschaft zur Prosperität unserer Region beitragen.

24 KONKRETE FORDERUNGEN

«Mit unseren 24 Forderungen zu wichtigen Standortthemen zeigen wir der neu gewählten Baselbieter Regierung auf, was sie aus Sicht der Wirtschaft in der nächsten Legislatur dringend anpacken muss», erläutert Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Handelskammer beider Basel. «Vor zwei Jahren haben wir erstmals einen Legislaturplan für die Basler Regierung erarbeitet. Die Bilanz zur Halbzeit zeigt, dass die Handelskammer mit dem Legislaturplan der Wirtschaft entscheidende Impulse geben konnte, die teilweise bereits umgesetzt wurden. Mit der nun beginnenden Legislatur wollen wir dies nun auch im Kanton Basel-Landschaft erreichen.»

INPUT AUS DER WIRTSCHAFT

So erwartet die Handelskammer von der Politik wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen im Baselbiet, von denen Unternehmen, Einwohner und die gesamte Region gleichermaßen profitieren. Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel: «Attraktive Rahmenbedingungen ziehen Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte an. Deshalb setzen wir uns für wettbewerbsfähige Steuersätze, ausgezeichnete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, gute Verkehrsinfrastrukturen, eine Branchen-Diversifizierung an unserem Wirtschaftsstandort sowie – als Exportregion – für Offenheit insbesondere gegenüber Europa ein.»

Zu Beginn der neuen Legislatur gibt die Handelskammer beider Basel mit ihrem Legislaturplan der Wirtschaft der Regierung Impulse für das Baselbiet. «Unser Legislaturplan soll anregen, in die Pflicht nehmen und die Basis für einen konstruktiven und bereichernden Austausch zwischen Wirtschaft und Politik schaffen», so Martin Dätwyler. ●



REGION BASEL IM VISIER

Jürg Röthlisberger, Direktor des Bundesamts für Strassen im Gespräch über Entlastung, Wachstum und Digitalisierung der Mobilität.



Schon heute sind die Strassen in der Region Basel regelmässig überlastet. Mit welchen Projekten möchte das ASTRA dem entgegenwirken?

Für die Region Basel haben wir einige Projekte im Köcher. Um den Verkehrsfluss zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, soll zwischen Pratteln und Rheinfelden der Pannestreifen befahrbar gemacht werden. Mittelfristig werden wir die A2 zwischen Hagnau und Augst auf acht Fahrstreifen ausbauen. Etwas früher sollten wir den Rheintunnel realisieren können, mit dem wir den Engpass in Basel beseitigen werden. Daneben wird der Kanton Basel-Landschaft – in enger Abstimmung mit Basel-Stadt und dem Bund – den Zubringer Bachgraben-Allschwil vorantreiben. Und dann ist da noch die Idee des Weststrings. Das ist jedoch ein Projekt, das erst längerfristig nach 2040 realisiert werden kann.

Was ist der aktuelle Stand dieser Projekte?

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen wir für die Pannestreifenumnutzung Augst-Rheinfelden nun eine Umweltverträglichkeitsprüfung erstellen. Zudem sind wir daran, die generellen Projekte für den Rheintunnel und den 8-Streifen-Ausbau Hagnau-Augst zu erarbeiten. Diese sollten bis 2020 vorliegen. Nachdem der Bundesrat sie genehmigt hat, werden wir die Ausführungsprojekte fertigstellen und auflegen. Der weitere Verlauf der Verfahren hängt dann von der Zahl der eingegangenen Einsprachen ab. Wir rechnen heute mit einem Baubeginn für beide Projekte um 2029. Beim Westring stehen wir noch ganz am Anfang der Arbeiten und hier geht es nun zunächst darum, zusammen mit den beiden Kantonen die Machbarkeit, die Zweckmässigkeit und die Kostenwirksamkeit abzuklären.

Aber es ist doch so: Strassenbauprojekte dauern eine Ewigkeit. Einsprachen und aufwendige Planungsverfahren bremsen aus. Gibt es keine Möglichkeit der Beschleunigung?

Die Verfahren sind definiert und politisch gewollt. Eine gewisse Mitsprache gehört zu unserer Demokratie und das ist auch richtig so. Aber natürlich: Auch wir würden lieber schneller mit dem Bauen beginnen können.

Was sind für Sie die wichtigsten Handlungsfelder, wenn es um die Zukunft unserer Mobilität geht?

Wir gehen davon aus, dass der motorisierte Individualverkehr bis 2040 um über 18 Prozent zunehmen wird. Der öffentliche Verkehr (+51 Prozent) und der Langsamverkehr (+32 Prozent) werden ebenfalls wachsen. Um dieses Wachstum zu bewältigen, muss einerseits die bestehende Verkehrsinfrastruktur effizienter genutzt werden. Hier stehen beispielsweise die Nutzung des Pannestreifens als zusätzlicher Fahrstreifen in Spitzenzeiten sowie verschiedene Verkehrsmanagement-Massnahmen im Vordergrund. Es braucht andererseits parallel dazu aber auch einen gezielten – nicht einen flächigen – Ausbau der Nationalstrasseninfrastrukturen. Das ist unumgänglich. Es ist die sicherste und effizienteste Lösung, denn die Autobahnen wirken – insbesondere in den Agglomerationen – als Entlastungsstrassen für das untergeordnete Strassennetz und sie sind die sichersten und effizientesten Strassen überhaupt. Das sehen auch der Bundesrat und die Kantone so und entsprechend sind die Ausbauprojekte im Strategischen Entwicklungsprogramm Strasse aufgeführt. Wir sind überzeugt, mit den vorgeschlagenen Massnahmen einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Mobilität in der Region Basel zu leisten.

Wie kommen wir in 20 Jahren zur Arbeit – immer noch in überfüllten Regionalzügen und täglichen Staus?

Sowohl Strasse wie auch Schiene sind heute zu den Spitzenzeiten ausgelastet, hätten aber noch Kapazitäten zu anderen Zeiten. Es braucht eine Entwicklung beim Verkehrsangebot, aber auch in der Wirtschaft, damit wir die Verkehrsspitzen brechen können. Flexiblere Arbeitszeiten und neue Arbeitsformen wie Homeoffice oder lokale Co-Working-Spaces werden unsere Arbeitswelt verändern. Zudem sehe ich aufgrund der Digitalisierung gewisse Chancen wie zum Beispiel beim Organisieren von Fahrgemeinschaften. Mit einem Mobility-Pricing könnten zudem die Anreize geschaffen werden, die Spitzenstunden entweder zu meiden oder sie effizienter zu nutzen.

Autohersteller und Verkehrsplaner erhoffen sich viel von automatisierten Fahrzeugen. Eine aktuelle Studie der ETH kommt hingegen zum Ergebnis, dass durch das autonome Fahren kaum Kapazitäten freigespielt werden, im Gegenteil. Wie sehen Sie das?

Automatisierte Fahrzeuge werden heute vielerorts als Lösung der Verkehrsproblematik angesehen. Es sind jedoch noch viele Fragen offen. Um es mit einer Kurzformel zu sagen: Die positiven Potenziale sehen wir und die wollen wir erschliessen. Aber zu meinen, die Digitalisierung vermöge die Verkehrsprobleme alleine zu lösen, ist eine absolute Illusion. Sie kann und wird einen Beitrag leisten – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Hier bringt das Forschungsprojekt der ETH, welches das Bundesamt für Strassen finanziert hat, einige Erkenntnisse. Im

Zentrum stehen Fragen wie: Wenn ein automatisiertes Fahrzeug mich ins Büro gefahren hat, wird es dann alleine nach Hause zurückkehren, um die Kinder abzuholen und in die Schule zu bringen? Fährt es dann wieder leer zurück, um die Grossmutter abzuholen, die einen Arzttermin hat? Solche Leerfahrten führen zu zusätzlichem Verkehr. Daneben müssen wir auch beachten, dass die Emotionen gerade im Strassenverkehr eine grosse Rolle spielen. Auf einem Motorrad oder in einem Cabrio an einem schönen Tag über eine Passstrasse zu fahren, wird auch in Zukunft gefragt sein. Und der Zweiradverkehr ist auch in Zukunft per se nur sehr bedingt «intelligent» beziehungsweise vernetzt und «automatisiert» zu haben.

Welchen Einfluss werden automatisierte Fahrzeuge auf den öffentlichen Verkehr, insbesondere die Schiene, haben?

Die Versuche mit automatisierten Fahrzeugen, bei denen wir hier in der Schweiz eine Pionierrolle einnehmen, finden fast ausschliesslich im Bereich des öffentlichen Verkehrs statt. Viele davon sind von Transportunternehmen wie Postauto, SBB oder lokalen Verkehrsbetrieben zum Beispiel in Genf, Bern oder Schaffhausen initiiert. Das zeigt, dass vor allem im lokalen Busverkehr ein Potenzial besteht. Bis auch der öffentliche Verkehr auf der Strasse grossräumig automatisiert unterwegs ist, wird aber noch einige Zeit vergehen. Auf der Schiene könnte dies früher kommen, verkehren in Paris U-Bahnen doch schon seit Jahren führerlos. ●



«FRIDA, MEIN NEUER KOMMT AUS DEM BASELBIET.»

**DIE SCHÖNSTEN VOLVO GIBT'S IM BASELBIET.
SCHAUEN SIE VORBEI UND ÜBERZEUGEN SIE SICH SELBST.**

INNOVATION MADE BY SWEDEN.

HALBEISEN AG

Hauptstrasse 212
4147 Aesch

Schneckerstrasse 14
4414 Füllinsdorf

T Aesch: 061 901 81 81

T Füllinsdorf: 061 756 80 00

www.halbeisenag.ch

12. ZOLLSYMPOSIUM AM 19. NOVEMBER 2019

Was uns beschäftigt: Aktuelle globale Entwicklungen erschweren den Zugang zu den Märkten. Der jährlich stattfindende Fachkongress der Aussenwirtschaft «Zollsymposium» bietet spannende Referate zu aktuellen Themen:

- Marktzugang als wichtiger Erfolgsfaktor
- Zollprüfungen und Zollverfahren
- Made in Switzerland = Ursprung Schweiz?
- Herausforderungen im Umgang mit Währungsrisiken
- Compliance im Export
- Incoterms 2020

Jetzt online anmelden
www.ssib.ch/zollsymposium

«HOCH HINAUS MIT EINEM EIDG. ABSCHLUSS»

Steigen Sie dank einem eidg. Abschluss als **Aussenhandelsfachmann/-frau oder Aussenhandelsleiter/-in** die Karriereleiter hoch. Die nächsten vorbereitenden Lehrgänge zu Ihrem Karriereziel beginnen am:

- **29. November 2019** – Aussenhandelsleiter/-in mit eidg. Diplom (HFP) in Zürich
- **21. Februar 2020** – Aussenhandelsfachmann/-frau mit eidg. Fachausweis (BP) in der Handelskammer beider Basel

Persönliche Beratung jederzeit möglich.
Anmeldung unter: www.ssib.ch/lehrgaenge



SWISS CHAMBERS' ARBITRATION INSTITUTION

Wenn die Parteien den Sitz des Schiedsgerichts in der Schweiz festgelegt haben, sind auch die Rechtsmittel anzahlmässig, inhaltlich und faktisch zeitlich beschränkt: Gegen den Entscheid ist lediglich Schiedsbeschwerde an das Schweizerische Bundesgericht möglich, das in der Regel innert sechs Monaten entscheidet. Schiedsverfahren können deshalb schneller und – werden die Kosten aller staatlichen Entscheid- und Berufungsinstanzen miteinbezogen – oft auch kostengünstiger durchgeführt werden.

Die Handelskammer beider Basel bietet mit Swiss Chambers' Arbitration eine gesamtschweizerisch einheitliche Schieds- und Mediationsordnung für nationale und internationale wirtschaftliche Streitigkeiten an. Unternehmen profitieren dabei von schnelleren und häufig kostengünstigeren Verfahren.

Vertragsparteien profitieren von einem Schiedsgericht in vielfältiger Weise: Erstens ist das Schiedsverfahren – anders als vor einem staatlichen Gericht – vertraulich und die Parteien können die Verfahrensgestaltung in verschiedener Hinsicht flexibel und effizient an die Bedürfnisse ihres konkreten Streitfalls anpassen. Zweitens können sie die Schiedsrichter selbst benennen und damit sicherstellen, dass diese hinsichtlich Sprache sowie Rechtskenntnisse und Branchenerfahrung ihren Vorstellungen entsprechen. Und drittens können sie insbesondere im internationalen Verhältnis den neutralen Sitz des Schiedsgerichtes festlegen und sicher sein, dass der Schiedsentscheid aufgrund des New Yorker Übereinkommens von 1958 in fast allen Ländern dieser Erde anerkannt und vollstreckt wird.

SCHNELLER UND KOSTENGÜNSTIGER

Ein Schiedsverfahren kann durch Wahl einer vorgegebenen Schiedsordnung wie derjenigen der Schweizerischen Handelskammern (Swiss Chambers' Arbitration Institution SCAI) oder der Internationalen Handelskammer (ICC) den Parteien zudem zeitliche Vorteile bringen: Ein sogenanntes beschleunigtes Verfahren ist grundsätzlich innert sechs Monaten durchzuführen.



Die Mediation stellt eine alternative Streiterledigung dar. Zwei oder mehrere Parteien ziehen einen qualifizierten neutralen, unabhängigen Mediator bei, der ihnen in einem strukturierten Ablauf Möglichkeiten zur Beilegung ihrer Differenzen aufzeigt, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Der Mediator entscheidet – anders als das Schiedsgericht – den Streit nicht, sondern unterstützt die Parteien bei ihrer Lösungssuche. Die Mediation eignet sich dort, wo die Parteien in ihren direkten Vergleichsgesprächen ihre eigenen Positionen schon zu stark aufgebaut haben, statt kreative Lösungswege zu suchen, insbesondere dann, wenn die Parteien – trotz ihren Differenzen – an deren Lösung interessiert sind, um ihre Geschäftsbeziehung aufrechtzuerhalten. Die SCAI und die ICC stellen auch dafür je eine Mediationsordnung und die SCAI ausserdem einen Verhaltenskodex für Mediatoren zur Verfügung. ●



www.swissarbitration.org

DR. DIETER GRÄNICH ist Advokat und Notar.



FÜR Ä STARKS BASELBIET!

JO ZUR
STÜÜRVORLAG 17

www.starksbaselbiet.ch



Basel-Landschaft

JA

- zur **Steuervorlage 17**
- zur **Anpassung des Kantonalen Richtplans** betreffend Ausbau Langmattstrasse, Oberwil

- zur Änderung Bildungsgesetz zur Umsetzung Volksinitiative «**Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt**»
- zum Gegenvorschlag Landrat zur Volksinitiative «**Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern**»

Bis zum Redaktionsschluss waren die Abstimmungsvorlagen des Kantons Basel-Stadt nicht bekannt.

n|w Fachhochschule
Nordwestschweiz



Vielfältig. Praxisorientiert. Berufsnah.

Aus- und Weiterbildung an der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW

Jetzt informieren unter www.fhnw.ch

AGENDA

Freitag, 25. Oktober 2019

Nacht der jungen Leaders

Wo? RhyPark,
Mülhauserstrasse 17, Basel

Wann? 18.30 Uhr

Wer? Junge Führungskräfte
unter 40 Jahren

Wirtschaft ist viel mehr als Anzüge mit Krawatte, ernste Meetings und trockene Facts. Deshalb organisieren wir in Kooperation mit JCI die «Nacht der jungen Leaders» – einen interaktiven Event für junge Führungskräfte und Nachwuchstalente, Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer, Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker.

OKTOBER

Fr, 25. Oktober 2019

Nacht der jungen Leaders

NOVEMBER

Mo, 4. November 2019

Uni konkret – Wissenschaft erleben «Testgelände Marsgarten» in Witterswil

Mi, 6. November 2019

Schule@Wirtschaft bei Coop in Pratteln

Mi, 13. November 2019

Patronat der Handelskammer beider Basel Absolventenmesse

Mi, 20. November 2019

9. cluster-forum des Logistikclusters Region Basel zum Thema Luftfahrt

Do, 21. November 2019

Mitgliedfirmen stellen sich vor – Besichtigung der Galerie Eulenspiegel

Mo, 25. November 2019

Power Talk

JANUAR

Di, 7. Januar 2020

Neujahrsempfang

Di, 28. Januar 2020

FutureHealth Basel «Me, Myself and Algorithms»

Montag, 4. November 2019

Uni konkret – Wissenschaft erleben «Testgelände Marsgarten»

Wo? Departement Umweltwissen-
schaften der Uni Basel,
Technologiezentrum Witterswil,
Benkenstrasse 254, Witterswil

Wann? 18.00 Uhr

Wer? Interessierte

Die europäische Weltraumorganisation ESA schickt 2020 einen Rover ins All, der die Marsoberfläche untersuchen soll. Prof. Niklaus Kuhn und sein Team haben in Witterswil eine künstliche Marslandschaft aufgebaut und testen dort die Nutzung der am Rover angebrachten hochauflösenden Kamera unter möglichst realitätsnahen Bedingungen.

Dienstag, 7. Januar 2020

Neujahrsempfang

Wo? UBS Forum,
Aeschenvorstadt 1, Basel

Wann? 18.00 Uhr

Wer? Mitglieder und geladene Gäste

Der Vorstand und die Geschäftsstelle der Handelskammer beider Basel laden ihre Mitglieder herzlich zum traditionellen Neujahrsempfang ein.



Die Agenda wird laufend aktualisiert auf
www.hkbb.ch/events



Congress Center Basel
Messeplatz 21
4058 Basel

Die Konferenz für Changemakerinnen
und Changemaker in der
Gesundheitswirtschaft



Dienstag, 28. Januar 2020

REDESIGNING
HEALTHCARE.

Me, Myself
and Algorithms.



08.00 – 18.30 Uhr

Jetzt anmelden unter
www.nzz-futurehealth.com

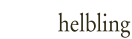
Initiativpartner



Platinpartner



Goldpartner



AUS DER 'KAMMER



Nicole Strahm, Agnes Dormann



Alexandra Wegmann, Christine Tussing



**23. GENERALVER-
SAMMLUNG DER
HANDELSKAMMER
BEIDER BASEL**
11. JUNI 2019



Alfred Binggeli, Simone Wyss Fedele



Christoph Brutschin, Markus Mühlemann,
Pascal Bürgin, Carlo Conti



Bundeskanzler Walter Thurnherr



Daniel Probst, Conrad Ammann



Hans-Peter Wessels, Frédéric Velter



Sabine Pegoraro, Stephan Zimmermann



Pasquale Piserchia, Luca Tantillo



Sven Oppliger, Natalia Chtanova



SOMMERAPÉRO DER HANDELS- KAMMER BEIDER BASEL

19. AUGUST 2019



Anton Lauber, Elisabeth Schneider-Schneiter,
Lukas Engelberger, Martin Dätwyler



Matthias Schweighauser, Eva Herzog,
Claire Manders Avanzini, Deborah Strub



Christian C. Moesch, Baschi Dürr



Elisabeth Schneider-Schneiter, Bruno Dallo,
Raymond Cron



Joël Thüring, Nicole Koch, Karin Vallone,
Ruedi Hofer



Pascal Brenneisen, Conradin Cramer



Peter Riebli, Monica Gschwind, Andreas Trüssel



Anton Lauber, Sandra Sollberger



Raymond Cron, Peter A. Zahn



**informiert.
fokussiert.
vernetzt.**

**Die nächste twice-Ausgabe
erscheint im Frühjahr 2020.**

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
4010 Basel
T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05
E-Mail: info@hkbb.ch

www.hkbb.ch

Folgen Sie uns auf **Social Media**.



gedruckt in der
schweiz